

**p.s.**

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG  
NR. 26/07. JULI 23

*Les Vignes*  
EST. 2015

**Europäische Weine  
aus nachhaltiger Produktion -  
klimaneutral geliefert.  
Stöbern Sie in der Weinhandlung  
oder im Onlineshop.**

Les Vignes Weinhandlung | Freilagerstrasse 55 | 8047 Zürich  
044 542 82 09 | [wein@les-vignes.ch](mailto:wein@les-vignes.ch) | [les-vignes.ch](http://les-vignes.ch)

**Mit LOOP**



SO LEBTEN WIR DAMALS

# Alltagsgeschichte(n)

SEITE 14 - 15

IM GESPRÄCH

**Das Kino als  
Kür der Kultur**

S.12 - 13

TRIEMLI-PERSONALHOCHHÄUSER

**Doch kein Abriss  
auf Vorrat?**

S.3

FÖRDERUNG DER FREIEN SZENE

**Das Tanzhaus Zürich  
setzt auf Kopliz:innen**

S.22



## Stadtflucht

Vielleicht ist die Idee ja vergleichbar unbedacht bis dümmlich wie die vom letzten Sonntag, dem Zürcher Trubel zu entgehen, um voraussichtlich mausbeinallein im Kunst Museum Winterthur die Konsumkritik von Sylvie Fleury zu geniessen, derweil davor und in der ganzen Stadt Konsum pur geboten wurde, ergo das Museum vorausschauend halt geschlossen war. Aber wer an diesem Wochenende nicht unbedingt 75 Franken für eine ungetrübte Aussicht auf das Feuerwerk am Züri Fäscht hinblättern möchte, dürfte sich im Rahmen des Hinterhalt Festivals in Uster vielleicht auch in einer Menschenmenge wiederfinden, aber äquivalent zum letzten Sonntag, könnte die Stimmung durchaus einfach sehr viel menschenfreundlicher einander zugetan sein, was so oder so eine Pause



(Bild: Matthias Zurbrügg)

von der oft nicht eben gelassenen Zürcher Grundstimmung bedeutet. Und Kunst gibts übrigens auch;-) froh.

«Hinterhalt Festival», Fr, 7. bis So, 10.7., Gartenraum Werkheim, Friedhofallee und Umgebung, Uster. [www.hinterhalt.ch](http://www.hinterhalt.ch)

## Störfaktor

Die Begegnungszone Fischerweg soll verkehrstechnisch mitunter weit unübersichtlicher als die eigentliche Hauptverkehrsachse Zürcherstrasse sein, was einen Rat für die geruhsamen



entspannte Ankunft in Fastschlieren ehrlich erschwert. Nun denn, die Anreise ist bekanntlich rückblickend immer sehr viel kürzer als ursprünglich befürchtet, und wer wäh-

rend der Fahrt mit der Limmattalbahn die Augen schliesst, kann sich fast ein wenig einer Metro-Il-

lusion in einer Metropole hingeben. Gut. Zu sehen gibts in der Kunsthalle Schlieren der Arbeitsgemeinschaft Zürcher Bildhauer:innen die von Peter Lynen und Ingrid Scherr kuratierte Ausstellung «Frei Leben». Auf dem Programm stehen Werke von 13 Künstler:innen und -gruppen, die das Potenzial von Kunst als Störfaktor ausloten, indem sie die Freiheit als umfassend verstanden haben wollen. froh.

«Frei Leben», bis 15.7., Sa/So, 14 – 18h, 16.7. bis 21.8. nach Vereinbarung, Kunsthalle Schlieren, Gaswerkstr. 15, Zürich.

[www.kunsthalle-schlieren.ch](http://www.kunsthalle-schlieren.ch)

## Industriekritik

Die Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung lädt die Psychoanalytikerin und Autorin Sandrine Aumercier samt ihres Übersetzers Ernst Schmitter zur Vorstellung ihres aktuellen Buches «Die Energieschranke des Kapitals» (Edition8 2023, 240 S., 23 Fr.). Sandrine Aumercier fühlt darin dem landläufigen und auch bei Marx selig zentralen Fortschrittsglauben auf den Zahn, indem sie die schrankenlose Entwicklung der Produktionskräfte als bloss andere Seite derselben Medaille entlarvt, die zur kapitalistisch begründeten Ressourcenverschwendung geführt

hat. Gemäss Ankündigung geht sie davon aus, dass bislang eine fundamentale Industriekritik nicht stattgefunden hat, weswegen die vermeintlichen Lösungsansätze etwa für eine technikbasiert, sogenannte grünere Wirtschaft, salopp gesagt, bloss den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Sie plädiert für ein Zurück auf Start und ein Neudenken. froh. «Wie das Kapital die Natur auffrisst», Mi, 12.7., 10.30h, Bücherraum F, Zürich.

## Selbstverständnis

Für den homosexuellen Exzentriker Quentin Crisp (1908-1999/Bild) stand das eigene Mannsein nicht zur Debatte, seine selbstverständliche effeminierte Erscheinung hingegen sorgte reihum für Unverständnis bis zu Aufruhr. Offenbar sind wir wieder so weit, dass Nonkonformität als Berechtigung für verbale und/oder tätliche Angriffe angesehen werden kann. Zur Buchpremiere der deutschen Übersetzung des Debattenbuches «Oh Boy. Eine Inventur der Männlichkeit» (Kanon Verlag 2023, 238 S., ca. 31.90 Fr.) lädt das Literaturfestival im Alten Botanischen Garten eine illustre Runde hochkarätiger Gäste zur Diskussion über «Männlichkeit heute». Die Perspektiven sind

vielsprechend. Von der Psychoanalyse über die muslimische Politikwissenschaft und Geschlechterforschung bis hin zu Soziologie, trans Aktivis-



Quentin Crisp (Youtube)

mus und Behindertenselbstermächtigung sind Stimmen auf dem Podium versammelt. froh.

«Männlichkeiten heute», Do, 13.7., 20.30h, Literaturfestival im Alten Botanischen Garten (bei Regen im Kaufleuten), Zürich. Und im Livestream.

## Kulturhappchen

Wär das Häschen in der kultverdächtigen Batteriewerbung nicht rosa, was das Lob boshaft verkehrt in einen beleidigenden Sauenvergleich rücken könnte, wäre Andrea Fischer Schulthess' Energielevel durchaus als leibhaftiges Äquivalent für eine trommelnd beworbene unterbrechungsfreie Stromversorgung betitelbar. Machen andere Bühnenbetriebe Sommerpause, lacht sich die Millers-Chefin (Bild) eine hübsche Zusatzaufgabe an, die im Regelfall natürlich wieder in Arbeit ausartet. Ihre «Hundstage» in Zusammenarbeit mit Lau-



ter sind kostenlos und bieten allen Daheimbleibenden freitags Lesungen und samstags Konzerte unter freiem Himmel bei jeder Witterung. Das ergibt mediterrane Nächte ohne Labelbedarf, weil ein zwanglos-légères Stelldichein erst dadurch so richtig tiefenentspannt wird, ganz ohne Dresscode oder sonstiges Muss. froh.

«Hundstage 2023», 14.7. bis 19.8., freitags Lesungen um 20h, samstags Konzerte um 20.30h, Küche ab 18h, Millers in der Mühle Tiefenbrunnen, Zürich. Eintritt frei.

# Personalhochhäuser Triemli: Doch Zwischennutzung?

**Der Abriss der Personalhochhäuser Triemli war eigentlich beschlossene Sache und auf 2023 geplant. Doch dann mehrten sich Stimmen aus Politik und von Expert:innen, die eine Umnutzung verlangen. Jetzt kann sich der Stadtrat eine Zwischennutzung vorstellen.**

Min Li Marti

Die Personalhochhäuser vom Triemli – auch schon als «Zürichs hässlichste Hochhäuser» (20 Minuten) bezeichnet, sollten nach dem Willen des Stadtrats abgerissen werden. 2003 war im Rahmen einer Gesamtplanung entschieden worden, dass die Hochhäuser weichen sollen, wenn dereinst das Bettenhaus Triemli steht. Diese Planung sorgte allerdings für Widerstand. Regula Fischer und Walter Angst (beide AL) wollten in einer schriftlichen Anfrage im Februar 2022 vom Stadtrat wissen, ob es aus ökologischen Gründen nicht sinnvoller sei, statt eines Aufbruchs eine Umnutzung vorzusehen. Der Stadtrat antwortete, dass er an der baulichen Entwicklungsstrategie 2020-2050 aus dem Jahr 2017 festhalten wolle, die einen Abbruch der Häuser 2023 vorgesehen hat. Die Häuser seien als Personalhäuser nicht mehr gebraucht, in einem schlechten Zustand, eine Sanierung sei zu aufwändig. Eine weitere Nutzung der Personalhäuser würde auch nach Ansicht des Stadtrats die Entwicklung des Triemli-Spitals behindern.

Seit letztem Jahr werden in den Hochhäusern Geflüchtete untergebracht. Dazu benötigt es auch gewisse Umbauten, das Bauprojekt wurde am 21. Juni im «Tagblatt» publiziert. Vorgesehen ist die Nutzung als temporäres Wohnheim bis 2027. Noch im letzten Jahr reichten Marco Denoth (SP) und Walter Angst ein Postulat ein, in dem sie den Stadtrat auffordern, auf einen Abriss auf Vorrat zu verzichten. In diesem fordern sie, dass der Stadtrat auch mittelfristig eine Zwischenlösung suchen und auf einen Abriss auf Vorrat verzichten soll. In der Debatte wies Marco Denoth darauf hin, dass der Stadtrat

in der Antwort auf die schriftliche Anfrage von Regula Fischer und Walter Angst geschrieben habe, dass die Arealstudie nicht mehr aktuell sei und überarbeitet werde. Das bedeute, dass nicht so schnell etwas auf dem Areal passiere. Ein Abriss sei aus ökologischen Gründen nicht sinnvoll, meint Denoth, der sich als Architekt mit nachhaltigem Bauen beschäftigt: «Meiner persönlichen Meinung nach darf man so viel gebaute Masse, also so viel gebundenen Beton, niemals zerstören. Es ist eine Unmenge an grauer Energie, die unwiderruflich vernichtet wird.» Die Häuser seien zudem erst 50 Jahre alt, sie hätten das Ende ihrer Lebensdauer noch nicht erreicht.

Neben der Zwischennutzung gibt es auch noch andere Ideen für die Personalhochhäuser. So haben Dominik Waser (Grüne) und Serap Kahriman (GLP) ein Postulat eingereicht, das fordert, dass die Hochhäuser im Baurecht an eine klimagerechte Genossenschaft abgegeben wird.

## Zwischennutzung nun doch möglich?

Die ZAS (Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau), eine Gruppe von Architekt:innen, die sich schon vorher für eine Umnutzung der Personalhochhäuser eingesetzt hat, lancierte einen spekulativen Ideenwettbewerb zur Umnutzung der Personalhochhäuser (P.S. berichtete). Denoth und Angst haben zudem in einer weiteren schriftlichen Anfrage im März dieses Jahres nachgedoppelt mit Bezug auf den Ideenwettbewerb von ZAS. Darin zeigt sich der Stadtrat immer noch nicht bereit, den Abbruch der Personalhäuser aufzugeben. Aber er zeigt sich bereit, in einer Aus-



Werden die Personalhochhäuser Triemli künftig doch zwischengenutzt? (Bild: robert at made-by-architects.com)

legeordnung unter anderem auch klimapolitische Aspekte zu berücksichtigen. Am Mittwoch gab der Stadtrat die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie zur Zwischennutzung der Personalhochhäuser bekannt. Die Studie kommt zum Schluss, dass eine mittelfristige Zwischennutzung möglich ist. In der Machbarkeitsstudie werden für eine Nutzungsdauer von 15 Jahren ab 2026 verschiedene Szenarien untersucht. Die Studie zeige gemäss Stadtrat auf, dass eine Zwischennutzung zwar möglich, aber aufgrund der erforderlichen Brandschutz- und Substanzerhaltungsmassnahmen und der notwendigen Massnahmen für die Umnutzung zu Wohnen beziehungsweise Büro mit beträchtlichen Aufwänden verbunden ist. Entsprechend sei mit hohen Investitionskosten zu rechnen. Insgesamt schätzt die Studie das Szenario «Zwischennutzung» für die Stadt als unwirtschaftlich ein, da den hohen Investitionskosten

eine relativ kurze Nutzungs- und Abschreibungsdauer von 15 Jahren gegenübersteht. Die erforderlichen Massnahmen würden zudem Treibhausgasemissionen verursachen, die sich für eine kurze Nutzungsdauer ebenfalls nicht amortisieren.

Der Stadtrat ist aber einer Zwischennutzung gegenüber nicht mehr total abgeneigt. Er will jetzt aufgrund der Ergebnisse klären, wie eine mittelfristige Zwischennutzung finanziell, betrieblich und technisch umsetzbar ist. Marco Denoth erklärt auf Anfrage, dass er gewisse Fragezeichen zu den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie hat, die er noch in der Kommission vertiefen will. «Dabei geht es vor allem um die Frage der Nutzungsdauer.» Denoth ist nach wie vor überzeugt, dass die Hochhäuser nicht abgerissen werden müssen. «Aber immerhin ist der Stadtrat bereit, sich zu bewegen und kann sich jetzt eine Zwischennutzung vorstellen», anerkennt Denoth.



# «Eine PUK ist kein Beinbruch»

**Mit diesem leicht saloppen Spruch drückte Manuel Sahli (AL) die Stimmungslage auf der linken Ratsseite und in der Mitte am treffendsten aus. Alle wollen die Vorgänge rund um die Festplatten, die wegen mangelnder Sorgfalt bei der Entsorgung im Milieu landeten, weiter abklären: SVP, FDP und GLP mit einer PUK, die restlichen Parteien hätten die Geschäftsprüfungskommission bevorzugt, wollen aber in der PUK engagiert mitarbeiten.**

Koni Loepfe

Eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ist das schärfste Mittel, das dem Kantonsrat zur Verfügung steht. Er setzte es bisher zweimal ein: Beide Male ging es um Korruption in einem beachtlichen Ausmass. In beiden Fällen ermittelte auch die Staatsanwaltschaft, und in beiden Fällen endeten diese Verfahren mit mehrjährigen Gefängnisstrafen für die Haupttäter. In beiden Fällen bestand zudem die Frage, ob einzelne Regierungsräte und/oder der Regierungsrat als Gremium ihre Aufsichtspflichten fahrlässig bis beinahe strafwürdig verletzt hatten und mit welchen Massnahmen solche Vorkommnisse künftig verhindert werden könnten.

Als im letzten Herbst SVP-Kantonsrat Valentin Landmann mittels einer Anfrage an die Öffentlichkeit brachte, dass vermutlich von 2000 bis 2014 Festplatten aus der Justizdirektion derart fahrlässig entsorgt worden waren, dass ein Teil der darauf enthaltenen Daten (unter anderem mit Adressen von Polizist:innen und Justizangestellten) via dem Bruder des Neugasshof-Wirten und Drogenhändlers Roland Gisler (der von Valentin Landmann als Anwalt verteidigt wurde) ins Milieu gelangten, war dies eine klassisch-brisante Situation, die sich erst noch kurz vor den kantonalen Wahlen präsentierte. Zusätzlich Brisanz kam durch zwei neue Fakten auf: Justizdirektorin Jacqueline Fehr wusste seit zwei Jahren vom Datenleck, handelte mit einer externen Untersuchung prompt, behielt die Resultate aber aus Rücksicht auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft unter Verschluss. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) wusste zwar von der Untersuchung, wurde aber über die Resultate nie orientiert und fragte auch nicht nach. Spät wurde auch der Regierungsrat orientiert. Zudem zeigte sich, dass 2019 ein Beamter die Parole vom papierlosen Büro wörtlich nahm und die Papiere, die eine Rekonstruktion der Vergabepaxen und Kontrollen bei der Entsorgung der Festplatten ermöglicht hätten, schredderte. Dies, das war die grösste Neuigkeit am Montag, sei vermutlich doch nicht ganz gelungen. Zu geschredderten Akten gebe es in der Regel digitale Kopien, die vermutlich noch aufzutreiben seien, gab Jacqueline Fehr bekannt.

## Wie Vertrauen herstellen?

Die SVP und im Tonfall eigentlich alle verlangten im letzten Herbst eine PUK. Da deren Einsetzung an Regeln gebunden ist, erhielt die GPK

den Auftrag, mittels einer Subkommission zu prüfen, ob sie mit ihren Mitteln die Vorfälle genügend abklären könne, oder ob es dazu einer PUK bedürfe. Punkto Abklärungsbedarf bestand in der GPK Einigkeit: Alle wollen wissen, was genau zwischen 2000 und 2014 geschah, wie es zur Vernichtung der Akten 2019 kam und wie der Regierungsrat untereinander kommunizierte. Zudem wollen alle wissen, wie die Entsorgung in anderen Departementen erfolgte und ob allenfalls Gesetze anzupassen sind, damit sich so ein Vorfall nicht wiederholen kann. Einig waren sie sich auch darin, dass eine gute Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft nötig, aber auch möglich sei.

In der Frage, ob sich zur Klärung eine PUK oder die GPK mit einer Subkommission besser eignet, bestanden Differenzen. Für die Mehrheit

## Alle wollen wissen, was genau zwischen 2000 und 2014 geschah.

der GPK setzten der ehemalige Präsident Beat Habegger (FDP) und Corinne Hoss-Blatter (FDP) den Akzent auf die Möglichkeiten der PUK, alle Personen zu einer Einvernahme zwingen zu können und vor allem auf die viel grösseren Ressourcen (ca. 1 Million Franken). Die GPK könne diesen Aufwand kaum leisten. Romaine Rogenmoser (SVP) sah es etwas dramatischer: Sie erinnerte an den Fluglotsen, der für seinen Fehler beim Flugzeugunglück in Überlingen an der Haustüre erschossen worden war. Sie will die Strafbehörden, deren Adressen bekannt wurden, vor einem ähnlichen Unglück schützen. Für Benno Scherrer (GLP) geht es vor allem um die Wiederherstellung der Vertrauens der Bürger:innen in die nötige Digitalisierung: «Die gravierenden Verfehlungen können wir nicht mehr gutmachen. Aber man kann mit einer seriösen und nüchternen Aufarbeitung das Vertrauen wiederherstellen.» Dafür eigne sich eine PUK für ihn am besten. Dass er für sich als Präsident und seine GLP eine grosse Chance sieht, an dieser Vertrauensbildung einen grossen Anteil zu leisten, behindert das Eintreten für die PUK sicher nicht. Davide Loss (SP) und auch Thomas Forrer (Grüne) finden, das Beharren auf einer PUK sei ein Festhalten an einem veralteten Wahl-

gag. «Wir haben jetzt ein halbes Jahr mit Vorbereitungen verbraucht, in dem wir als GPK konkret

## «Wir haben jetzt ein halbes Jahr mit Vorbereitungen verbraucht, in dem wir als GPK konkret hätten arbeiten können.»

Davide Loss, SP

hätten arbeiten können», führte Davide Loss aus. Zumal sich bisher niemand weigerte, der Subkommission Auskunft zu erteilen. Thomas Forrer führte aus, dass es sich ausser dem Ermitteln der Tatbestände zwischen 2000 und 2014, das eindeutig in die Kompetenz der Staatsanwaltschaft gehöre, um Kernkompetenzen der GPK handle, die sie nun wahrnehmen solle. Sehr ähnlich, wenn auch ohne Stiche gegen die Bürgerlichen, argumentierten Josef Widler (Mitte) und Markus Schaaf (EVP). Was geschehen sei, sei geschehen und bekannt; falls noch etwas strafrechtlich Relevantes unerforscht sei, sei dies Aufgabe der Staatsanwaltschaft. Es brauche sicher neue Regelungen, respektive sei zu überprüfen, ob die heutigen Regelungen die Datensicherheit gewährleisten. Aber dazu sei keine PUK nötig, die dann aus Prestigegegründen gezwungen sei, irgendetwas noch zu finden. So Markus Schaaf. Regierungsrätin Jacqueline Fehr verhielt sich neutral. Für sie und die Regierung sei es wichtig, dass rasch und sorgfältig untersucht werde. Ob mit einer PUK oder der GPK, überlasse sie dem Kantonsrat. Sie und die übrigen Regierungsrät:innen stünden beiden für alle Auskünfte zur Verfügung. Sie selber sei bereits daran, ihr Departement punkto Digitalsicherheit zu einer vorbildlichen Direktion umzugestalten. Mit 93:75 Stimmen entschied sich der Kantonsrat für eine PUK, die personell irgendwann nach den Sommerferien eingesetzt wird.

Im übrigen verabschiedete der Rat in erster Lesung ein Gesetz, das der Digitalisierung des Verkehrs zwischen Verwaltung und Einwohner:innen einen Schub verleihen wird. Künftig kann nach einer Übergangszeit jeder Verkehr nach einer Übergangsfrist digital erfolgen und braucht keine Papierform mehr.



# Klimaschutz und Innovation

## Der Zürcher Gemeinderat beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Klima und damit, wie sich das Netto-Null-Ziel 2040 erreichen lässt.

Nicole Soland

Lob für die Stadträte Michael Baumer und Andreas Hauri, und das ausgerechnet von einem, der vor allem Ersteren auch schon hart kritisierte: Zu Beginn der Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend zeigte sich Dominik Waser (Grüne) in einer persönlichen Erklärung erfreut darüber, dass das Förderprogramm Heizungsersatz eine hohe Nachfrage erfährt. Das hatte der Stadtrat gleichentags mitgeteilt. Damit das Förderprogramm wie geplant bis Ende 2024 weitergeführt werden kann, beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat nun einen Zusatzkredit von 6,5 Millionen Franken. Ebenfalls gefreut hat sich Dominik Waser über eine weitere Mitteilung des Stadtrats, mit der dieser das Pilotprojekt «Netto-Null im Gebiet Binz/Alt-Wiedikon» ankündigte: Die Stadt ist auf die Mitwirkung von Wirtschaft und Bevölkerung angewiesen, um das Netto-Null-Ziel 2040 zu errei-

**Walter Anken (SVP) freute sich in seiner persönlichen Erklärung darüber, «dass sich die Grünen freuen». Doch mit dem Programm Heizungsersatz sei noch nichts erreicht.**

chen. Im geplanten Pilotquartier sollen deshalb gemäss Mitteilung «Erkenntnisse gewonnen werden, wie das freiwillige Engagement für die Erreichung des städtischen Klimaziels erhöht werden kann». Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat dafür einmalige Ausgaben von 7,7 Millionen Franken. Walter An-

ken (SVP) freute sich in seiner persönlichen Erklärung darüber, «dass sich die Grünen freuen». Doch mit dem Programm Heizungsersatz sei noch nichts erreicht. Er selber werde sich dann freuen, wenn die Heizungen tatsächlich ersetzt seien.

### Vielfältiges Förderprogramm

Derart aufgewärmt, wandte sich der Rat dem Förderprogramm KlimUp zu. Auch dieses Pilotprojekt soll der Stadt dabei helfen, das Klimaziel Netto-Null bis 2040 zu erreichen. Kommissionssprecherin Martina Novak (GLP) führte aus, es gelte nicht nur, die direkten Emissionen zu senken, also beispielsweise beim Heizen weniger Treibhausgase auszustossen. Auch die indirekten Emissionen, die zum Beispiel der Konsum verursacht, seien ein Thema. Was sich nicht reduzieren lässt an Treibhausgasen, soll schliesslich aus der Atmosphäre entzogen und dauerhaft gespeichert werden. Martina Novak verwies weiter auf die vier Vorstösse, die der KlimUp-Vorlage zugrunde liegen und folglich als erledigt abgeschrieben werden sollten: Ein Postulat von Nicole Giger und Helen Glaser (beide SP, Letztere nicht mehr im Rat) hat die «Unterstützung von lokalen Zürcher Netzwerken und Akteur-Plattformen» zum Inhalt, die «im Bereich Nachhaltigkeit, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Ernährung oder auf einem ähnlichen Gebiet aktiv sind». Barbara Wiesmann und Marco Denoth (beide SP) und fünf Mitunterzeichner:innen haben in ihrem Postulat einen Rahmenkredit verlangt für «Investitionsbeiträge und Fördermassnahmen an Start-ups, die der Klimakrise entgegenwirken oder einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen». Die GLP-Fraktion forderte mit einer Motion einen weiteren Rahmenkredit, und zwar «zur Unterstützung von Unternehmen (auch Start-ups), die Negativemissionstechnologien (NET) an-

bieten». Ein «Förderprogramm für Unternehmen und Organisationen, die zu einem nachhaltigeren und suffizienteren Konsum beitragen» haben schliesslich Marion Schmid und Barbara Wiesmann (beide SP) mit ihrer Motion verlangt.

### Geld für Start-ups und NPO

Mit der KlimUp-Vorlage sollen konkret drei Bereiche gefördert werden, wie Martina Novak weiter ausführte: Erstens soll es einmalige Innovationsbeiträge an Start-ups geben, zweitens einmalige Projektbeiträge an Non-Profit-Organisationen (NPO) und drittens mehrjährige Betriebsbeiträge an NPO. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat dafür neue einmalige Ausgaben von 12 Millionen Franken für ein Pilotprojekt, das von Oktober 2023 bis September 2028 laufen soll, also über fünf Jahre. Das Ziel lautet gemäss Vorlage, ein «nachhaltigeres Konsumverhalten und eine zirkuläre Wirtschaftsweise zu fördern sowie Fortschritte bei der Senkung der direkten Emissionen und im Bereich der Negativemissionstechnologien» zu erreichen.

Für die Mehrheit begründete Julia Hofstetter (Grüne) den Änderungsantrag, mit dem ihre Fraktion und die SP den Betrag von 12 auf 14 Millionen Franken erhöhen wollten. Zudem sollten mindestens vier Millionen für mehrjährige Betriebsbeiträge an Non-Profit-Organisationen verwendet werden: Mit der Vorlage werde viel für Innovation, Start-Ups und generell «wirtschaftsorientierte Lösungen» vorgesehen, führte sie aus. Doch auch «beharrliche Arbeit im Hintergrund» leiste einen wichtigen Beitrag. Aus diesem Grund brauche es genügend Mittel, damit man langfristige Beiträge sprechen könne. Einen weiteren Änderungsantrag begründete Moritz Bögli (AL): Seine Fraktion sei nicht einverstanden damit, dass private, gewinnorientierte Unternehmen gefördert werden sollten. Die Unterstützung solle folgerichtig nur den gemeinnützigen zugute kommen. Die Minderheit lehne die Änderungsanträge ab, gab Thomas Hofstetter (FDP) bekannt. Walter Anken

fügte an, die Vorlage fusse auf vier Vorstössen, die die SVP abgelehnt habe. Deshalb lehne sie nun konsequenterweise auch die Vorlage ab. Zudem könnten wir in Sachen Klimawandel selbst dann nichts erreichen, «wenn wir die ganze Schweiz in Wald verwandelten», fügte er an, denn «Methanmoleküle stoppen nicht an der Grenze». Die Erwärmung sei der Tatsache geschuldet, dass zu viel gebaut werde, und daran sei die Masseneinwanderung schuld.

Mit einem ersten Begleitpostulat forderten SP, Grüne- und AL zudem noch die «Förderung der Energiesuffizienz als zentrales Element des Förderprogramms KlimUp» sowie

## Mit der KlimUp-Vorlage sollen konkret drei Bereiche gefördert werden.

mit einem zweiten die «niederschwellige Förderung von zivilgesellschaftlichem Klimaschutzengagement» im Rahmen von KlimUp. Spätestens an diesem Punkt kommt einem unweigerlich die eierlegende Wollmilchsau in den Sinn... doch da diese ja weder vegan noch methanfrei ist, sei sie rasch wieder vergessen. Ernsthaft: Nach lebhafter, aber gesitteter Debatte und der Bemerkung von Stadtrat Hauri an die Adresse von Moritz Bögli, dass Start-ups nicht zwingend «bürgerlich» und NPO nicht zwingend «links» sein müssten, ging der Änderungsantrag der AL in der ersten Abstimmung bachab, und in der zweiten kam der Antrag von Grünen und SP auf Erhöhung des Beitrags mit 63:57 Stimmen durch. Der derart geänderten Vorlage stimmte der Rat mit 69 zu 43 Stimmen (von SVP, FDP und AL) bei acht Enthaltungen (von Mitte/EVP) zu.

Die vier Postulate wurden alleinstimmig abgeschrieben, das erste Begleitpostulat (Energiesuffizienz) kam mit 63:58 Stimmen durch und das zweite (zivilgesellschaftliches Klimaschutzengagement) mit 71:50 Stimmen.

WEINKOLUMNE VON BARBARA MAEY



## Sammeltrieb

Als Kind war ich eine richtige Sammlerin. Unter anderem füllte ich auf Ausflügen und Reisen meine Hosentaschen immer mit Steinen. Nicht etwa aus geologischem Interesse, sondern weil sie schön glitzerten oder von einer besonderen Farbe waren. Von den meisten gesammelten Schätzen habe ich mich im Erwachsenenalter irgendwann getrennt. Allerdings kehrte ich unlängst von einer Reise an die Loire und nach Chablis wieder mit einer Handvoll Steinen im Gepäck zurück. Eingepackt habe ich unter anderem ein ca. 150 Millionen Jahre altes, ton- und kalkhaltiges Exemplar mit fossilisierten Muscheln. Das Gestein trägt den Namen des Städtchens Kimmeridge an der südenglischen Küste, die bekannt ist für die weissen Felsformationen. Diese tauchen unter den Ärmelkanal ab und kommen stellenweise in Frankreich wieder an die Oberfläche: in der Champagne (Côte de Bar), in Chablis und in Sancerre und Pouilly Fumé an der Loire. Diese Stellen sind sehr gut zu erkennen, denn wie auf Inseln in einem Meer von Äckern wachsen dort Reben. Der Boden ist sehr karg, er enthält viele Steine und vor allem: natürliche Sulfite, die durch die Verwitterung der Fossilien im Laufe der Jahrtausende entstanden sind. Dadurch weisen die Weine neben einer ausgeprägten Aromatik viel Säure und eine salzige Mineralität auf. Es ist kein Zufall, dass es all diese Appellationen zu Weltruhm gebracht haben. Mein Kimmeridge stammt aus Sancerre, wo dieser Bodentyp Terres Blanches genannt wird und neben den Caillottes und dem Silex eines von drei Terroirs ist. Im Glas widerspiegeln sich diese: Weine von den Terres Blanches leben von der Spannung zwischen Vollmundigkeit und frischer Mineralität, auf den Caillottes wachsen elegante Weine mit blumig-fruchtig-zitrischen Aromen, auf Silexböden wiederum entstehen komplexe Weine mit Noten von Feuerstein, weissen oder gar exotischen Früchten. Wie die Böden die Weine so unterschiedlich prägen, und das auf so engem Raum, fasziniert mich – und diese Faszination liess meinen Sammeltrieb neu aufleben.

Barbara Maey führt eine Weinhandlung in Zürich. [barbara@laterroiriste.ch](mailto:barbara@laterroiriste.ch)

# Stadtspital: Im Blindflug zur Privatisierung

Es gehört zu den Ritualen Stadtzürcher Politik, dass der Stadtrat periodisch eine Vorlage zur Ausgliederung eines grossen städtischen Betriebs ausarbeitet. Das letzte Mal geschah dies 2015, als Andres Türler dem Gemeinderat die Auslagerung des EWZ vorschlug. Nachdem Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission am 14. Juni 2016 einen kritischen Bericht vorgelegt hatten, entschied der Gemeinderat im Oktober 2015 mit 81 zu 41 Stimmen, dass nicht auf die Vorlage eingetreten wird. Aktuell steht das Stadtspital im Fokus. Das Besondere: Den Startschuss zur Debatte haben SP und Grüne gegeben. Zusammen mit der EVP verlangten sie im Oktober 2021 einen Bericht, in dem der Stadtrat Vor- und Nachteile einer öffentlich-rechtlichen Anstalt darlegen soll. Aufgrund des Berichts werde der Gemeinderat entscheiden, wie dem Stadtspital ein «grösserer operativer Handlungsspielraum gewährt» werden soll.

## Ein Narrativ für alle Eventualitäten

Der für den Stadtspital zuständige Stadtrat Andreas Hauri hat die bestellte Fleissarbeit abgeliefert. Der Bericht sei Freund:innen des Verwaltungshandelns zur Lektüre empfohlen. Der Antrag des Stadtrats ist banal: «Es wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat unter Einbezug aller Interessenvertretungen eine Vorlage zur Ausgliederung des Stadtspitals Zürich in eine öffentlich-rechtliche Anstalt ausarbeitet.»

Der Gemeinderat wird im Herbst entscheiden, ob er über das Stöckchen springt. Die Absicht ist klar: Wenn ihr (Gemeinderat) mir (Andreas Hauri) keinen Auftrag erteilt, werden wir (Stadtrat) euch keine Vorlage zur Auslagerung unterbreiten. Dann seid ihr (Gemeinderat) schuld daran, wenns mit dem Stadtspital nicht gut kommt. Das Narrativ sichert den für das Spital zuständigen Stadtrat für alle Eventualitäten ab. Der Haken: Der Bericht des Stadtrats, über den der Gemeinderat befinden soll, gibt auf die zentrale Frage keine Antwort. Wie kann ein Betrieb, der über kein Eigenkapital verfügt und bei einem Ertrag von 660 Millionen Franken ein Defizit von jährlich 40 Millionen Franken schreibt, obwohl die Stadt ihm das benötigte Geld und das Land für seine Einrichtungen zu traumhaften Sonderkonditionen zur Verfügung stellt, in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt werden? Heisst «selbstständig» in Bezug auf das Stadtspital «am Tropf der Stadt»? Ist der Spitalrat, der das Stadtspital künftig steuern soll, ohne auch nur ein Mü an finanzieller Verantwortung zu tragen, ein gutes Lenkungsorgan?

## Ein Bericht voller Leerstellen

Zu diesen Fragen nehmen Bericht und Antrag des Stadtrats nicht Stellung. Die Frage, warum das Stadtspital nicht schon längst in einen Eigenwirt-

schaftsbetrieb mit eigener Rechnungsverantwortung umgewandelt worden ist, hat Andreas Hauri weise umschifft. Als der Stadtrat den Antrag zur Auslagerung des EWZ formulierte, hatte dieses ein Eigenkapital (Spezialfinanzierung) von 1,1 Milliarden, einen Aufwand von 908 und einen Ertrag von 973 Millionen Franken ausgewiesen und einen Gewinn von 63 Millionen Franken an die Stadtkasse abgeliefert. Das Stadtspital kann nicht auf eigenen Füüssen stehen. Das ist nicht seine Schuld, sondern Produkt der nicht kostendeckenden Spitalfinanzierung. Das Triemli hat frühzeitig in die Erneuerung seiner Infrastruktur investiert. Und es steht

## Der Gemeinderat wird im Herbst entscheiden, ob er über das Stöckli springt.

mit den Landreserven an den 1-A-Standorten Triemli und Waid sowie dem Ambulatorium an der Europaallee sehr gut da. Mit diesen Pfunden der Stadt kann das Spital arbeiten. Trotzdem wird es ohne eine grosszügige Ausstattung mit städtischem Eigenkapital, einer Vorzugsbehandlung bei den Zinskonditionen und der Nutzung des Landes und jährlichen Betriebsbeiträgen nicht gehen. All das wird im Bericht des Stadtrates nicht thematisiert. Und die vorberatende Kommission? Stand heute scheint sie noch nicht bereit zu sein, diese Fragen zu klären. Bleibt das so, wird der Gemeinderat ohne die harten Fakten darüber entscheiden müssen, ob er über das Stöckchen springen will.

Walter Angst

## IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

**Herausgeber:** P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

**Druck:** CH Media Print AG, St. Gallen.

**Redaktion:** Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

**Mitarbeit:** Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

**Inserate/Abos:** Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. [anzeigen@pszeitung.ch](mailto:anzeigen@pszeitung.ch), [aboservice@pszeitung.ch](mailto:aboservice@pszeitung.ch).

[redaktion@pszeitung.ch](mailto:redaktion@pszeitung.ch), [www.pszeitung.ch](http://www.pszeitung.ch),  
PC-Konto: 87-569389-2  
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

**Abopreis:** Fr. 230.– (Gönner:innen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abos: 33.–, [www.loopzeitung.ch](http://www.loopzeitung.ch)



## FORUM

*Leserbrief zum Artikel «Hoffnung ist das Einzige, was uns am Leben hält» im P.S. vom 30. Juni*

## Gaza – einige Fakten

Israel ist – wie die Juden während 2000 Jahren – bekanntlich Sündenbock für alles... Nur werden dabei leider Fakten unterschlagen. Dazu gehört, dass der Gazastreifen völkerrechtlich gemäss dem gültigen Völkerbundmandat von 1922 Teil Israels ist (die jüdische Heimstätte verläuft vom Jordan bis zum Mittelmeer). Daran hat die illegale ägyptische Besetzung 1948-67 nichts geändert.

Nach Jahren funktionierender Beziehungen übergab Israel 2005 den Gazastreifen zur Selbstverwaltung an die Palästinenser. Doch 2007 kam die Hamas an die Macht, die seither Israel mit tausenden Raketen terrorisiert, die immer präziser werden. Das offizielle Ziel von Hamas und Fatah ist die Vernichtung Israels. Darüber lesen wir leider nichts, auch nicht davon, dass die Hamas die eigene Bevölkerung unterdrückt und als Schutzschild missbraucht. Keine Schutzräume in Gaza? Dafür fliessen Milliarden in Rüstung, Raketen, Tunnels für Terror usw. Die Hamas ist für die ganze Misere verantwortlich, für die Mauer, auch für die schlechte Wassersituation. Die Aussage einer Studentin, sie würden von der Hamas verteidigt, ist billige Propaganda.

Angesichts des Terrors hat Israel zu Recht die Schutzmauer errichtet, wobei die Einfuhr lebenswichtiger Güter und Medikamente nicht behindert wird. Hoffnung für die Jugend? Das hängt allein von der Hamas und ihren (Kriegs)Zielen ab.

Hanspeter Büchi, Stäfa

*Leserinnenbrief an die SP*

## SP, MIR REICHTS

50 Prozent unserer Kandidat:innen sollen mit ihrer Kandidatur bestätigen, dass sie keine CIS-Männer sind. Die Selbstdefinition als Person ist kein politisches Programm. Ich erwarte von Kandidierenden, dass sie ihre politischen Ziele definieren. Wenn schon, dann sollen Nicht-CIS-Männer auf einer eigenen SP-Liste zur Wahl antreten, wie das auch für Alte und Jusos möglich ist. Die SP Kt ZH hat sich aber für Gesinnungster-

ror entschieden. Da mache ich nicht mehr mit und trete aus. Bei der EU Sektion bleibe ich.

Yvonne Lenzlinger, Winterthur

## IN KÜRZE

### Seeuferweg

Das Bundesgericht hat jetzt dem Verein Ja zum Seeuferweg in einem Präzedenzfall das Recht zugesprochen, Einsicht zu nehmen in eine rechtskräftige Baubewilligung inklusive Konzessionsvertrag für eine Liegenschaft am Ufer des Zürichsees. Aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips ist der Verein, der mit einer kantonalen Initiative für einen durchgehenden Seeuferweg kämpft, demnach befugt, Bewilligungen für Bauten in Seenähe einzusehen und zu überprüfen. Und zwar explizit auch noch lange nach der öffentlichen Auflage und dem Ablauf der Rekursfristen - wie nun im konkreten Fall im Hinblick auf eine künftige Realisierung des Seeuferwegs. Wie aus dem Mitte Woche veröffentlichten Urteil der Lausanner Richter ersichtlich ist, geht es um eine Seeliegenschaft in unmittelbarer Nähe der Kläranlage Thalwil. Das Haus wurde weniger als 20 Meter vom See entfernt erstellt, was eine Ausnahmewilligung voraussetzt. Mit seinem Urteil hat das Bundesgericht einen Entscheid des Zürcher Verwaltungsgerichts bestätigt und die Beschwerde der Grundstückbesitzerin als «offensichtlich unbegründet» abgewiesen. Die von ihr vorgebrachte Befürchtung, wonach der Verein die politische Diskussion zum Seeuferweg anhand der Überbauung ihres Grundstücks führen könnte, vermöge kein überwiegendes Geheimhaltungsinteresse zu begründen, hielt das Bundesgericht dazu fest. Und es gebe auch keine Hinweise, wonach der Verein die für ihn zugänglichen Informationen missbräuchlich verwenden könnte. Das Urteil der Lausanner Richter ermutigt den Verein Ja zum Seeuferweg nun, «auch bei andern ufernahen Liegenschaften um Einsicht in die Baugesuchsakten zu ersuchen», wie er in einer Medienmitteilung schreibt. Im Visier hat der Verein dabei «die heute offenbar gängige behördliche Praxis, für Baubewilligungen im Bereich von Ufergrundstücken systematisch Ausnahmewilligungen zu erteilen.» as.

# Gegen Wohnungsnot am Zürichsee und im Sihltal

**Wie in Adliswil und Horgen fordert jetzt im Bezirk Horgen auch die SP in Thalwil die Gemeinde dazu auf, gegen die Wohnungskrise aktiv zu werden. Sie verlangt per Initiative, dass Thalwil den gemeinnützigen Wohnungsbau wirksam fördert.**

Arthur Schäppi

Angesichts «eines eklatanten Wohnungsmangels» und massiv steigenden Mieten in Thalwil, «die sich Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen kaum noch leisten können», soll die Gemeinde Thalwil den gemeinnützigen Wohnungsbau aktiv fördern. Das verlangt jetzt die SP Thalwil mit einer von ihrem Vorstandsmitglied Lukas Lanz eingereichten Einzelinitiative. Weil sie eine entsprechende Anpassung der Gemeindeordnung vorsieht, muss sie zwingend einer Urnenabstimmung unterbreitet werden. Konkret soll sich der Gemeinderat demnach für den Schutz bestehender und den Bau neuer preisgünstiger Wohnungen von gemeinnützigen Bauträgern wie etwa Genossenschaften, die ohne Gewinnabsichten ihre Wohnungen kostendeckend vermieten, einsetzen. Sodass sich deren Anteil am Wohnungsbestand «stetig erhöht». Und damit in ausreichendem Masse «für Haushalte mit tiefem oder mittlerem Einkommen ökologisch vorbildlicher neuer Wohnraum» entsteht. Mit der Initiative wird auch eine gute soziale Durchmischung der Quartiere und der Bau von Gewerberäumlichkeiten durch gemeinnützige Bauträger angestrebt.

## «Reihenweise Luxuswohnungen»

Die generell schon prekäre Situation auf dem Wohnungsmarkt habe sich in Thalwil noch zusätzlich verschärft, weil in der linksufrigen

Zürichseegemeinde «gleich reihenweise Liegenschaften mit tiefen Mietzinsen abgebrochen oder zu Luxuswohnungen umgebaut werden», sagt Lukas Lanz. Und wer sich die steigenden Mieten nicht leisten könne, werde aus Thalwil verdrängt.

Zwar hätten die Thalwiler Stimmbürger:innen im letzten November erfreulicherweise dem Bau von 41 gemeindeeigenen alters- und familiengerechten Wohnungen mit Kostenmiete im Gebiet Hofwisen im Ortsteil Gattikon zugestimmt, ergänzt SP-Vorstandsmitglied André Kaufmann. «Zur Entschärfung der Wohnungskrise aber genügt das bei weitem nicht und braucht es unbedingt weitere Anstrengungen», betont er. Gemäss Initiativtext sollen in der Gemeindeordnung denn auch konkrete Massnahmen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus aufgelistet werden. Etwa die Festsetzung von Bauzonen mit einem Mindestanteil an gemeinnützigem Wohnraum oder ein Ausnützungsbonus für gemeinnützige Wohnbauträger und auch

**Wer sich die steigenden Mieten nicht leisten kann, wird aus Thalwil verdrängt.**

eine Beteiligung der Gemeinde an solchen. Linke Vorstösse zugunsten von bezahlbarem Wohnraum für Mieter:innen mit bescheidenem oder mittlerem Einkommen sind im Bezirk Horgen derzeit auch noch in zwei weiteren Gemeinden aktuell.

In Horgen verlangt die SP per Einzelinitiative, dass die Gemeinde eigenes Land im Baurecht an nicht gewinnorientierte Wohnbaugenossenschaften für die Erstellung von 30 bis 50 preisgünstigen Wohnungen abgibt. Und in Adliswil lancieren SP und GP eine Volksinitiative, welche bei Auf- und Umzonungen Bauherren verpflichtet will, ein Drittel der dadurch zusätzlich möglichen Wohnungen preisgünstig zu vermieten (P.S. berichtete).



# FERIEN DIREKT



**Viele Unterkünfte**  
die nur auf Sie warten



**Top Reiseziele**  
die Sie bereisen können



**Zufriedene Urlauber**  
die ihren Urlaub empfehlen



**Problemlos buchen**  
und Ihren Urlaub genießen

**Besuchen Sie [Ferien-Direkt.com](https://www.ferien-direkt.com)**



# Die FDP als Recht(s)partei

Am 1. November 2022 reichten der frühere FDP-Gemeinderat Alexander Brunner und der heutige FDP-Gemeinderat und Präsident der FDP Stadt Zürich, Pärparim Avdili, beim Bezirksrat eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Critical Mass ein. Dieser Beschwerde hat der Statthalter Mathis Klänttschi (Grüne) nun «teilweise Folge gegeben», wie der Medienmitteilung des Statthalteramts Bezirk Zürich vom Dienstag zu entnehmen ist. Aus der Verfügung geht hervor, dass die beiden FDP-Politiker ein aufsichtsrechtliches Verfahren gegenüber dem Stadtrat verlangten – und dass dieser anzuhalten sei, «das Recht – insbesondere die Strassenverkehrsregeln sowie die Bewilligungs- und Gebührenpflicht für den gesteigerten Gemeingebrauch des öffentlichen Grunds – gegenüber der Critical Mass durchzusetzen».

Der Statthalter kommt in der 27-seitigen Verfügung zum Schluss, dass die Critical Mass eine Demonstration ist, dass sie «gesteigerten Gemeingebrauch» darstellt und «somit der Bewilligungspflicht unterliegt»: «Sollte die Critical Mass ohne Bewilligung durchgeführt werden, so hat die Stadtpolizei Zürich (...) nach pflichtgemäßem Ermessen Massnahmen zu ergreifen.» Doch die unbewilligte Durchführung der Critical Mass werde «prinzipiell hingenommen»: «Die Polizei hat augenscheinlich noch nie eine (Mindest-) Massnahme, um die nicht gesetzeskonforme Durchführung der Critical Mass zu verhindern, in Betracht gezogen oder getroffen.» So habe sie etwa bislang davon abgesehen, «beim Versammlungstreffpunkt mit Lautsprecherdurchsagen darauf hinzuweisen, dass es sich um eine unbewilligte Demonstration handle und den Teilnehmenden die Möglichkeit einer freiwilligen Auflösung einzuräumen».

Dass die Beschwerde nur teilweise gutgeheissen wird, hat folgenden Grund: Die beiden FDP-Politiker hatten verlangt, dass nicht nur die Bewilligungs-, sondern auch die Gebührenpflicht für den gesteigerten Gemeingebrauch des öffentlichen Grundes durchgesetzt werde. Bei «Benutzung zu politischen Zwecken» entfällt jedoch gemäss Artikel 13, Absatz 3 der Allgemeinen Polizeiverord-

**Was die Mehrheit politisch beschlossen hat, macht die FDP auf juristischen Weg zunichte. Ist das wirklich das höchste aller Gefühle in unserer Demokratie?**

nung (APV) der Stadt Zürich die Benutzungsgebühr, wie Mathis Klänttschi auf Anfrage ausführt – und das gilt logischerweise auch für die Critical

Mass, die ja gemäss Verfügung eine «Demonstration» ist und somit eine politische Veranstaltung.

Der Entscheid vom Dienstag widerspiegelt das, was wir in der Stadt Zürich seit einiger Zeit immer wieder erleben: Die FDP verliert an der Urne, letztmals am 18. Juni – und reicht Beschwerde gegen den Mindestlohn ein. Die FDP unterliegt im Gemeinderat, konkret am 11. Mai 2022 mit ihrem Postulat, das eine Bewilligungspflicht für die Critical Mass forderte – und reicht Beschwerde ein. Wird die Beschwerde in erster Instanz gutgeheissen, ist das sicher Balsam auf die geschundene FDP-Seele. Nur: Was die Mehrheit politisch beschlossen hat, macht die FDP auf juristischen Weg zunichte. Ist das wirklich das höchste aller Gefühle in unserer Demokratie? Die links-grüne Politik müsste sich ja bloss ans übergeordnete Recht halten!, pflegt die FDP dazu zu sagen. Allerdings hat sowohl in der Politik als auch in der Juristerei jede Medaille mindestens zwei Seiten, und es gibt gute Argumente für die eine wie für die andere.

Was zum Beispiel den Passus aus der Verfügung betrifft, die Polizei habe «augenscheinlich noch nie eine (Mindest-) Massnahme, um die nicht gesetzeskonforme Durchführung der Critical Mass zu verhindern, in Betracht gezogen oder getroffen», lohnt sich ein Blick ins Archiv des Gemeinderats, denn die Critical Mass rollt bekanntlich mit Unterbrüchen bereits seit den späten 1990er-Jahren durch Zürich. Vom 7. September 2005 datiert eine Interpellation des ehemaligen Gemeinderats Alecs Recher (AL). Darin steht, am 26. Juli 2005 hätten zwei Personen bei der Stadtpolizei ein «Gesuch zur Bewilligung einer Veranstaltung (nicht für politische Veranstaltungen)» eingereicht für ein «monatlich stattfindendes Critical Mass, Velodemonstration/Umzug mit erstmaliger Durchführung am 5. August 2005». Zwei Tage später hätten sie vom Büro für Veranstaltungen ein E-Mail erhalten, sie bräuchten keine Bewilligung: «Am Abend des 5. August 2005 warteten dann aber Beamte der Stadtpolizei am Besammlungsort auf die Teilnehmer der Critical Mass, um die Veranstaltung von Beginn weg zu verbieten.» Damals war Esther Maurer (SP) Polizeivorsteherin.

Wenn nun die Critical Mass als politische Demo gelten soll: Was ist damit konkret gewonnen ausser Balsam für die FDP-Seele? Soll die Polizei am Start erst per Lautsprecher verkünden, es handle sich um eine illegale Demo, und danach alle, die sich nicht aus dem Staub machen, verzeihen und wegweisen? Oder soll sie beim ersten Rotlicht warten und alle büssen, die es überfahren? Oder geht es darum, dass der Gemeinderat jetzt rasch die Bewilligungspflicht für Demos in eine Meldepflicht umwandelt, wie es Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL, nicht mehr im Rat) mit ihrer bereits überwiesenen Motion verlangen und wie es der «Tagi» vom Mittwoch vorschlägt? Wobei: Das dürfte kaum etwas bringen. Denn ent-

scheidet die Gemeinderatsmehrheit im Sinne der Motionär:innen, folgt so sicher wie das Amen in der Kirche dies: Die FDP reicht Beschwerde ein.

Ich wohne seit 1986 in Zürich und fahre ebenso lange hier Velo. Dass ich mich an die Verkehrsregeln halte, ändert nichts daran, dass ich täglich zu eng überholt und regelmässig dazu genötigt werde, widerrechtlich auf der Strasse statt auf dem

**Wie sollte das gehen? Genau!, mit einer paradoxen Intervention: Dafür bräuchte es so viele Velofahrer:innen aufs Mal, dass die Autofahrer:innen sich einer Übermacht entgegensähen und sich nicht mehr frei bewegen könnten.**

Velostreifen zu fahren, weil auf dem Velostreifen mal wieder parkierte Autos stehen. Manchmal wünsche ich mir, die Autofahrer:innen könnten nachempfinden, wie ich mich dabei fühle. Doch wie sollte das gehen? Genau!, mit einer paradoxen Intervention: Dafür bräuchte es so viele Velofahrer:innen aufs Mal, dass die Autofahrer:innen sich einer Übermacht entgegensähen und sich nicht mehr frei bewegen könnten. Moment: Solch eine paradoxe Intervention gibt es doch schon, jeden letzten Freitag im Monat...

Aber jetzt soll die Critical Mass also eine Demo sein. Und mit der sogenannten Veloförderung geht es wohl im selben Schnecken-tempo weiter wie bisher. Wobei: Früher war es trotz fehlender Veloinfrastruktur angenehmer, in Zürich Velo zu fahren, finde ich. Denn damals hatten die Autos noch Blinker. Vielleicht müsste die FDP dazu mal eine Beschwerde einreichen. Es geht ihr ja, wie Pärparim Avdili in der NZZ vom Mittwoch zitiert wird, nicht um den Erfolg in Sachen Critical Mass, sondern «um nichts anderes als um die bestehende Rechtsprechung, die der Stadtrat aus politischen Gründen nicht anwendet».



Nicole Soland

# Neues Co-Präsidium

Hannah Pfalzgraf und ich wurden am 31. Mai 2023 an der Delegiertenversammlung im Volkshaus Zürich als neues Co-Präsidium des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zürich gewählt.

Starke Gewerkschaften und die Arbeiter:innenbewegung sind wichtiger denn je, das haben speziell die letzten Monate gezeigt. Während sich die Wirtschaft immer wieder in Krisen manövriert, um dann vom Bund wie im Falle der Credit Suisse mit Steuergeldern Hilfe zu erhalten, soll beispielsweise für würdige Renten kein Geld da sein.

Gewisse politische Parteien, Wirtschaftsverbände und Organisationen greifen unser Rentensystem mit immer neuen Initiativen an, wie kürzlich mit der AHV-Reform. Während das Pensionierungsalter nun erhöht wird und noch mehr erhöht werden soll, sinken bei vielen Menschen die Rentenzahlungen und der Reallohn.

Hier braucht es einen starken GBKZ, der zum Beispiel bei der Durchsetzung der 13. AHV-Rente mitwirkt. Die Abstimmungen zum Mindestlohn in den Städten Zürich und Winterthur sind grosse Erfolge, die uns Mut machen. Da müssen wir jetzt anknüpfen!

Während der Coronapandemie haben viele Arbeitnehmer:innen spüren müssen, was es heisst, über Jahre mit nur 80 Prozent ihres Lohnes über die Runden kommen zu müssen. Auf die Kurzarbeit folgten Inflation, die Erhöhung der Krankenkassenprämien und nun bei vielen Mieter:innen die Erhöhungen des Miet-

zinses. Lohnarbeit muss würdig entlohnt werden, darf nicht krank machen und ausbeuten und muss einen gebührenden Ruhestand ermöglichen. Wir haben viele Kämpfe zu kämpfen – wir als neues Co-Präsidium des GBKZ sind dazu bereit.

Wir sind der Überzeugung, dass wir nur geeint im Kampf um bessere Arbeiter:innenrechte am stärksten sind. Wir sehen im GBKZ das grosse Potenzial, dass er die einzelnen Gewerkschaften mit all ihren individuellen Mitgliedern, deren Forderungen und Stimmen vereinen und damit weiter stärken kann.

**Wir sind der Überzeugung, dass wir nur geeint im Kampf um bessere Arbeiter:innenrechte am stärksten sind.**

Das ist unser Ziel, unsere Vision: Wir wollen einen GBKZ, der von der Politik nicht ignoriert werden kann. Einen GBKZ, der den politischen und gesellschaftlichen Diskurs mitprägt. Einen GBKZ, der die gemeinsamen Interessen bündelt, den grossen und kleinen Gewerkschaften gleichermassen eine Stimme gibt, sodass alle gestärkt und gehört werden.

Die Gewerkschaften im Kanton Zürich sind sehr divers. Und das sind auch die Aufgaben des GBKZ. Die-

sen Herausforderungen wollen wir als Co-Präsidium entgegentreten.

Ich habe als Vizepräsident der Gewerkschaft des Kabinenpersonals kapers mehrere Male an GAV-Verhandlungen verhandelt und musste auch die unangenehme Erfahrung machen, einen Sozialplan im Falle von Massentlassungen zu verhandeln. Sei es bei der Mitgliedergewinnung, dem Vorbringen von Schiedsgerichtsklagen, dem Pochen auf Einhaltung von GAV-Paragrafen – ich habe das gewerkschaftliche Handwerk von Grund auf gelernt. Dabei hat mich immer meine Sozialisierung im Arbeiter:innenmilieu begleitet. Ich bin Gewerkschafter mit Leib und Seele.

Mit Hannah Pfalzgraf habe ich meine perfekte Co-Präsidentin gefunden. Ich schätze ihre pragmatische, engagierte und mutige Art und erhoffe mir, dass der GBKZ von ihrem Kantonsratsmandat profitieren kann.

Solidarische Grüsse



David Martinez, Co-Präsident Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich

Der GBKZ erhält von P.S. jeweils am ersten Freitag des Monats die Gelegenheit, in einer Kolumne gewerkschaftspolitische Themen aufzugreifen. Rückmeldungen erwünscht an [info@gbkz.ch](mailto:info@gbkz.ch)

Cartoon by Roman Prelicz





## Von WD-40 und Stickstoffoxiden

Die Sommerferien nahen. 100 000 Flugreisende erwartet man dieses Jahr an Spitzentagen. Ähnlich hoch waren die Parteispenden, welche der Flughafen Zürich in den letzten Jahren als Schmiergeld an Parteien überwiesen hat. Der «Tages-Anzeiger» deckte auf: Die Flughafen Zürich AG, die zu knapp 40 Prozent der öffentlichen Hand gehört, vergibt jährlich «auf Nachfrage» bis zu 90 000 Franken an flughafenfreundliche Parteien. Die SVP wollte dies nicht zugeben, die Mitte-Fraktion behauptete, sie hätte nichts von den Spenden gewusst, und die FDP erkennt kein demokratiepolitisches Problem, da sie sowieso für den Flughafen Politik mache. Selbst wenn es für den Freisinn stimmen mag, schadet das finanzielle WD-40 der Zustimmung der Rechtsbürgerlichen zur Verlängerung der Pisten am Flughafen sicher nicht.

Diese Verlängerung wirft nämlich aktuell im Kantonsrat grosse Wellen. Die Flughafen Zürich AG will ihre Pisten 28 und 32 verlängern. Sie argumentiert mit Sicherheit, Verlässlichkeit und Pünktlich-

### Wie der Flughafen Zürich also trotz Kapazitätserhöhung auf Netto-Null kommen soll, bleibt ein Rätsel.

keit. Dank längeren Pisten können grössere Flugzeuge auch von Osten her landen und gegen Norden hin starten, was mehr Flexibilität für den Flugbetrieb ermöglichen würde. Das ist aber unehrlich.

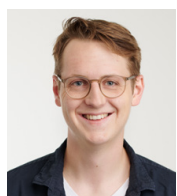
Was uns als Lärminderung, sicherer Flugverkehr und Wartezeitverkürzung verkauft wird, ist in der Realität vor allem eines: eine Kapazitätserweiterung des Flugha-

fens. Dieser Ausbau ist eine Voraussetzung für das weitere Wachstum des Flughafens. Er hat zur Folge, dass mehr und schwerere Flugzeuge landen, mehr Passagiere in Zürich fliegen und schlussendlich der Flugverkehr, der Lärm und die Frequenz zunehmen werden. Ginge es den Befürworter:innen nicht versteckt um diesen Ausbau, hätten sie mit uns für eine Begrenzung der Flugbewegungen und scharfe Regeln bei den Nachtflügen gestimmt. Haben sie nicht. Mit diesem Ausbau torpedieren sie unsere Klimaziele.

Es wird zwar ständig behauptet, die Flugindustrie leiste ihren Beitrag zur Dekarbonisierung. Fakt ist jedoch, dass zwei Drittel der Klimawirkung des Fliegens nicht direkt wegen des CO<sub>2</sub>, sondern aufgrund weiterer Gase wie Stickoxiden und Wasserdampf in der oberen Atmosphäre anfallen. Selbst mit sogenannt grünem Kerosin bleibt die Flugindustrie klimaschädlich. Wie der Flughafen Zürich also trotz Kapazitätserhöhung auf Netto-Null kommen soll, bleibt ein Rätsel.

Dass die finanziell geölten FDP und SVP den Pistenausbau befürworten, verwundert nicht. Dass auch die Mehrheit der EVP und ein GLPler die Klimaziele übergehen, ist enttäuschend.

Im Kantonsrat führte die Debatte Mitte Juni deshalb auch zu einer rekordverdächtig langen Redner:innenliste mit knapp 40 Voten. Die Diskussion uferte so aus, dass sie nach den Sommerferien weitergeführt wird. Die Mehrheitsverhältnisse bleiben denkbar knapp: Die EVP oder einzelne rechtsbürgerliche Vertreter:innen aus fluglärmgeplagten Gemeinden könnten die Vorlage zu Fall bringen. Falls nicht, ergreifen wir das Referendum. Es ist klar: Jeder Flug weniger hilft unserer Zukunft, ein Flughafen ausbau hingegen nicht.



Nicola Siegrist, Kantonsrat SP, Präsident JUSO Schweiz

## Biber, Gänsesäger und Krisen

Ein Graureiher landet auf einem Baum und streckt seine Flügel. Stockenten, Gänsesäger und Blässhühner lassen sich im Fluss treiben. Gebirgsstelzen fliegen wippend von Stein zu Stein. In der Ferne ist ein grösseres Tier im Wasser auszumachen. Durch den Feldstecher erkenne ich den Biber und bin begeistert von diesem seltenen Erlebnis. All das beobachtete ich an der Sihl in der Nähe vom Hauptbahnhof in Zürich. Flüsse sind wichtige Lebensräume für zahlreiche Arten. Ich freue mich immer sehr über die Vielfalt an Lebewesen mitten in der Stadt.

Biodiversität im Siedlungsraum ist sehr wichtig, und gerade in der Stadt ist die Artenvielfalt häufig besonders hoch. Dafür braucht es aber auch genügend naturnah gestaltete sowie vernetzte Grünflächen und Gewässer. Denn die Biodiversität steht auch in der Stadt unter Druck. Lichtverschmutzung, zunehmende Trockenheit durch die Klimaerhitzung sowie Versiegelung der Böden schaden ihr.

Unter Biodiversität wird die Vielfalt verschiedener Arten, unterschiedlicher Lebensräume und auch die genetische Vielfalt innerhalb der Arten verstanden. Die Biodiversität nimmt jedoch drastisch ab. In der Schweiz sind mehr als ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten und die Hälfte aller Lebensräume gefährdet. Durch das Sterben von Insekten beispielsweise werden Blüten nicht mehr bestäubt. Nur 5,9 Prozent der Landesfläche sind in der Schweiz unter Schutz gestellt. Europaweit ist die Schweiz das Land mit den wenigsten geschützten Flächen. Die Krise hat stark negative Auswirkungen auf unsere Ernährungssicherheit, unsere Gesundheit – auf uns alle.

Über die Klimakrise wird häufig berichtet, und zum Glück ist mittlerweile ein öffentliches Bewusstsein dafür vorhanden. Wie schlecht es um die Biodiversität steht, ist in der

Bevölkerung allerdings noch wenig präsent. Dabei müssen wir die beiden Krisen zusammendenken: Die Artenvielfalt leidet unter den dramatischen Klimaveränderungen, und durch den Biodiversitätsverlust sind wir für die Herausforderungen der Klimakrise deutlich weniger gut gewappnet. Es ist wichtig, dass auch

### Über die Klimakrise wird häufig berichtet. Wie schlecht es um die Biodiversität steht, ist in der Bevölkerung allerdings noch wenig präsent.

hier das Bewusstsein steigt, denn für beide Krisen sind wir Menschen verantwortlich, und beide bedrohen unsere Lebensgrundlage.

Hier setzt die Biodiversitätsinitiative der Umweltverbände an. Sie fordert einen verstärkten Schutz der Biodiversität, der Landschaft und auch des baukulturellen Erbes in der Verfassung. Was bereits unter Schutz steht, soll bewahrt, was nicht geschützt ist, soll geschont werden. Die Initiative will zudem für die erforderlichen Flächen, Mittel und Instrumente zum Schutz der Biodiversität sorgen. Mitte Juni hat der Ständerat jedoch beschlossen, dass er nicht auf den indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative eintritt. Ein verheerendes Signal. Denn wir müssen jetzt handeln. Grüne Politik ist wichtiger denn je: Politik, die die Biodiversitätskrise ernst nimmt und sich konsequent durch wirksame Massnahmen für Schutz und Erhalt der Biodiversität einsetzt.



Anna-Béatrice Schmaltz, Präsidentin Grüne Stadt Zürich

# «Das Kino ist und bleibt für mich die Kür der Kultur»

**Die Zürcher Kinoszene steht vor neuen Herausforderungen: Ein grosses Filmfestival übernimmt ein Kino, während andere schliessen müssen. Frank Braun, Programmleiter des Riffraff und des Houdini, im Gespräch mit Noëmi Laux über die Auswirkungen auf die Kinolandschaft und die Bedeutung einer gemeinsamen Zusammenarbeit.**

*Erst das Kosmos, kurz darauf das Alba und das Uto – in Zürich gibt ein Kino nach dem anderen sein Ende bekannt. Geht es Ihren Kinos besser als anderen?*

Frank Braun: Es gibt heute kein Kino, dem es wirklich gut geht. Alle kämpfen nach wie vor mit den Folgen der Pandemie. Riffraff und Houdini haben dank ihrem eigenständigen Programm ein treues Stammpublikum. Auch sind die beiden Kinocenter mit mehreren Sälen und integrierter Gastronomie gegenüber Einzelhäusern im Vorteil. Wie es uns im Vergleich zu anderen Kinos geht, lässt sich deshalb nur bedingt sagen. Zudem bestehen zwischen privatwirtschaftlich geführten Betrieben wie den unsrigen und grossen Kinoketten wie etwa den Blue-Kinos grosse Unterschiede.

*Anders gefragt: Wie geht es Ihnen in Zahlen?*

Im letzten Jahr lagen wir noch gut 30 Prozent hinter den Besucher:innenzahlen vor der Pandemie. In diesem Jahr kam uns der verregnete Frühling entgegen. Im Vergleich zum ersten Quartal des letzten Jahres konnten wir 75 Prozent mehr Eintritte verzeichnen. Die Richtung stimmt, aber wir müssen uns weiter nach der Decke strecken, bis wir wieder selbsttragend sind. Es wird wohl noch zwei Jahre brauchen, bis sich die Kinobesuche einpendeln.

*Das klingt optimistisch. Was machen Sie besser als andere Kinos?*

Ein Kino erfolgreich zu führen, war schon immer eine Herausforderung. Die Besucher:innenzahlen sind seit den 1980er-Jahren rückläufig. Viele Kinos erweitern ihr Programm, veranstalten Themenabende oder ähnliches, um wieder mehr Leute in die Kinosäle zu bringen. Ja, auch unser Programm ist gespickt mit Spezialveranstaltungen, mit Festivals, Konzertübertragungen oder Publikumsgesprächen. Doch betone ich immer wieder, dass sich Kinos auf ihre Stärken besinnen müssen. An erster Stelle ist das Kino ein Kino.

*Sie konzentrieren sich also auf das Kerngeschäft und können dadurch überleben?*

Kurz gesagt: Ja. Natürlich nützt der Glaube an die Zukunft des Kinos nichts, wenn wir nicht kostenbewusst unterwegs sind. Wir überprüfen laufend die Ergebnisse und nutzen Möglichkeiten, unser Angebot weiter zu entwickeln.

*Trotz der Schliessungen: Mit 16 Kinos gibt es in der Stadt Zürich nach Bern schweizweit die meisten Kinos. Wie stark spüren Sie den Konkurrenzdruck?*

Der ist gross. Darum bin ich überzeugt, dass die Kinos in Zürich nur eine Chance haben, wenn sie enger zusammenarbeiten. Ansonsten nehmen wir uns gegenseitig das Publikum weg und verlieren am Ende alle. Vor zwei Jahren haben wir dies mit dem ehemaligen Kosmos vollzogen, indem wir die Filmprogrammation zusammenlegten.

*Dennoch war das Kosmos für die Neugass-Kinos, also Riffraff, Houdini und Bourbaki in Luzern, eine direkte Konkurrentin.*

Ja, die Schliessung haben wir sehr deutlich gespürt. Nachdem das Kosmos zugemacht hat, ist unser Marktanteil um 30 Prozent gestiegen. Den Arthouse-Kinos erging es ähnlich, was uns gezeigt hat, dass das Kino an der Europaallee nicht nur bei uns Publikum abgezogen hat.

*Das Zurich Film Festival (ZFF) übernimmt nun das ehemalige Kosmos, das neu Frame heissen wird. Wie haben Sie auf diese Nachricht reagiert?*

Ich war überrascht und ehrlich gesagt auch etwas baff.

*Wieso baff?*

Wir haben uns ebenfalls als potenzielle Nachfolger:innen beworben. Uns sagten die SBB damals, wir seien die einzigen Kinobewerber:innen. Als wir aus der Zeitung erfahren haben, dass das ZFF in den Gebäudekomplex kommt, war das für uns schon ein ziemlicher Affront.

*Die Betreiber:innen des ZFF haben keine Erfahrung im täglichen Kinogeschäft. Kann das funktionieren?*

An ihrem Idealismus zweifle ich nicht. Mit dem Festival werden sie die Säle für zehn Tage gut füllen können. Das haben sie bereits bewiesen. Was danach geschieht, werden wir sehen. Das ZFF schlüpft in eine Rolle, die es noch nicht kennt. Das ist sicherlich spannend für sie. Die sechs Kinosäle im ehemaligen Kosmos haben eine grössere Kapazität als das Riffraff und das Houdini zusammen. Ich habe den Eindruck, dass das tägliche Kinogeschäft im Frame finanziell gesehen eine untergeordnete Rolle spielen wird und die Räumlichkeiten anderweitig vermarktet werden.

*Hinter dem ZFF steht die bürgerliche und profitorientierte NZZ Group. Zudem wird das Festival staatlich subventioniert. Wird das Frame zur neuen Tonangeberin in der Zürcher Kinolandschaft?*

Natürlich gibt es eine gewisse Angst, wie es weitergehen wird. Ich denke aber nicht, dass die NZZ Group mit dem Frame die Zürcher Kinolandschaft aushebeln wird. Vielmehr packen sie damit die Gelegenheit, an der Europaallee Fuss zu fassen. Was die Subventionen angeht: Diese sind ans Festival gebunden und dürfen – zumindest auf Papier – nicht für anderweitige Zwecke genutzt werden.

*Was ist dann Ihre Sorge?*

Klar ist es nur richtig, solche modernen Kinosäle wieder zu öffnen. Doch das Frame wird keinen zusätzlichen Publikums-Boost bringen. Das Publikum wird sich verteilen und ausgedünnt in den Sälen sitzen. Am Ende verlieren alle. Nochmals: Es funktioniert nur gemeinsam.

*Mit dem Kosmos gab es eine enge Zusammenarbeit in der Programmgestaltung. Wie zuversichtlich sind Sie, dass eine solche Zusammenarbeit auch mit dem Frame entsteht?*





Frank Braun: «Gerade Kinos, die ein ambitioniertes Programm pflegen, haben einen fragilen Stand auf dem Markt.» (Bild: Noëmi Laux)

Die neuen Betreiber:innen wollen das Frame möglichst autonom führen. Dabei kommen wir mit guten Absichten und Erfahrung. Und am Ende geht es uns sowie auch dem ZFF um dasselbe, nämlich um den Erhalt und die Förderung der Zürcher Kinokultur. Wenn es dem ZFF wirklich ernst ist, spricht alles für eine Zusammenarbeit.

*Neben einer Zusammenarbeit innerhalb der Branche sind staatliche Subventionen für viele Kulturinstitutionen essenziell. Wie wichtig sind sie für Sie?*

Sie wären enorm wichtig, aber derzeit sind sie kaum vorhanden. Unter bisherigen «normalen» Umständen wie vor der Pandemie machen sie drei Prozent unseres Jahresumsatzes aus. Das ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Es müsste klar mehr sein, wenn wir von Subventionen sprechen.

*Das Opernhaus Zürich wird jährlich mit 80 Millionen Franken subventioniert, und auch die Theater werden staatlich unterstützt. Die Zürcher Neugass Kino AG, zu der das Riffraff und das Houdini sowie das Bourbaki in Luzern gehören, wurden 2021 insgesamt mit rund 45 000 Franken vom Bundesamt für Kultur für Spezialprogramme gefördert. Ist Kino im Vergleich zum Theater keine Kultur?*

Doch. Aber Kinos haben es kulturpolitisch sehr schwer, Gehör zu finden. Obwohl oder gerade weil sie zu den populärsten Kulturangeboten zählen, werden sie von vielen als rein kommerzielles Angebot gesehen. Es ist wichtig zu verstehen, dass Kinos zwar privat finanziert werden, aber dennoch einen bedeutenden kulturellen Beitrag leisten.

*Gemeinsam mit anderen Kinobetreiber:innen arbeiten Sie derzeit an entsprechenden Konzepten. Wie stellen Sie sich eine Kino-Subventionierung in Zürich vor?*

In der Stadt Zürich gibt es im Rahmen des jährlichen Nachkredits einen Antrag auf Nothilfe. Es handelt sich um eine vorläufige Unterstützung als Fortsetzung der Covid-Ausfallentschädigung. Für das Jahr 2025 streben die Abteilungen Kultur von Stadt und Kanton die Etablierung einer ordentlichen Subvention für Kinos an. Die Kriterien werden noch erarbeitet. Das ist eine gute Entwicklung, auch wenn es uns nicht schnell genug geht.

**«Es geht nicht mehr ohne: Man muss diesen KMU-Unternehmer:innen solch ablegen und mit den Behörden zusammenarbeiten, wenn man als Kino weiterhin bestehen will.»**

*Woran liegt das?*

Lobbyarbeit und politischer Wille benötigen Zeit. Es liegt aber auch an den Kinobetreiber:innen. Das sind in der Regel KMUs mit einem Unternehmer:innenstolz. Sie haben jahrzehntelang ihren Kulturauftrag selbst definiert und scheuen sich nun davor, Auflagen erfüllen zu müssen, um

Subventionen zu erhalten. Dabei geht es nicht mehr ohne: Man muss diesen Stolz ablegen und mit den Behörden zusammenarbeiten, wenn man als Kino weiterhin bestehen will.

*Warum müssen Zürcher Kinos denn subventioniert werden, wenn offensichtlich die Nachfrage nicht vorhanden ist?*

Subventionen werden aufgrund von klar messbaren Leistungskriterien vergeben. Gerade Kinos, die ein ambitioniertes Programm pflegen, haben einen fragilen Stand im Markt. Die Gefahr ist real, dass ohne finanzielle Unterstützung mittelfristig ein wesentlicher Teil des heutigen Angebots zu kollabieren droht. Umso mehr erscheint es heute als geradezu absurder Systemfehler, dass seit Jahrzehnten die Herstellung der Filme sowie der Vertrieb stark subventioniert sind, aber – sozusagen auf den letzten Metern vor dem Ziel – die Förderung der Zugänglichkeit und Sichtbarkeit der Filme ausbleibt.

*Zürich sticht im deutschsprachigen Raum mit seiner Dichte an Arthouse-Kinos heraus. Geht diese Sonderstellung mit den bevorstehenden Schliessungen von Alba und Uto langsam verloren?*

Diese Sonderstellung ist eine Auszeichnung und das Ergebnis einer langen Aufbauarbeit. Zürich hat die Möglichkeit, diesen Wert zu bewahren und weiterhin zu nutzen. Es ist ja mit vielem so in Zürich. Die Stadt definiert sich längst nicht mehr nur als Wirtschaftsstandort. Die Stadt ist ein kultureller Katalysator, der nicht an den Stadtgrenzen Halt macht. Die aussergewöhnlich hohe Qualität des Zürcher Filmangebots wirkt sich auf das Angebot im gesamten Land aus.

*Wie?*

Wenn ein Film hier keine Leinwand mehr findet, wird er auch anderswo kaum mehr zu sehen sein. Zürich hat damit auch eine Verantwortung.

*Wie war es überhaupt möglich, dass sich hier im Vergleich zu anderen Städten so viele Arthouse-Betriebe halten konnten?*

Da gehen zwei Hand in Hand: Das Publikum – mit seiner Neugier und Offenheit – und die filmbegeisterten Akteur:innen mit ihrem Engagement. Nein, in diesem Fall trifft den Staat keine Schuld! Aber die Einladung gilt, es wäre noch besser zu dritt.

*Was treibt Sie trotz all der Herausforderungen an, weiterhin Kino zu machen?*

Das Kino ist und bleibt für mich die Kür der Kultur. Je länger, desto mehr mag ich das Ritual, das mit dem Gang ins Kino verbunden ist. Im Kino gibt es diese besondere Art der Interaktion, auch wenn sie abstrakter ist als vor einer Bühne. Ich sitze im Dunkeln, bin aber wach, habe alle meine Fühler ausgefahren und versinke gleichzeitig tief in mich hinein. Und doch bin ich Teil einer Gemeinschaft. Ich brauche diese Erfahrung immer wieder, um mich lebendig zu fühlen.



# Partizipativ Geschichte puzzeln

Das Projekt «unseregeschichte.ch» will Schweizer Geschichte nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch mit ihr dokumentieren.

Tim Haag



Schülerinnen der Handels- und Sprachschule Burg im Berner Iseltwald, aufgenommen 1953. (Bild: unseregeschichte.ch / Sylvie Savary)





Mit dem Sidecar auf die Passhöhe: Schwarzweissfilm des Grossen Schweizer Bergpreises am Klausen 1925. (Bild: unseregeschichte.ch / Staatsarchiv Obwalden)

Wer auf der Website [unseregeschichte.ch](http://unseregeschichte.ch) die Rubrik «WG» aufsucht, dem lachen im ersten Beitrag fünf Männer und Frauen im Herbst ihres Lebens entgegen. Der Text darunter erklärt: Die fünf Senior:innen leben zusammen im 100-Seelen-Dorf Tenna über dem Safiental in der «Alten Sennerei», einer Alters-WG. Sie seien fest in der Surselva verwurzelt und wollen deshalb auch ihren letzten Lebensabschnitt hier verbringen, heisst es. Und: Die «Alte Sennerei» sei aus einheimischem Massivholz gestaltet, aus einem vertrauten Material, das sichtbar altert, wie die Bewohner der WG selbst.

Der nächste Beitrag zeigt das Profil eines bärtigen Mannes in einem Auto. Das Foto ist so verwackelt, dass es bei der Entwicklung mit einem dicken Filzstiftstrich als unbrauchbar markiert wurde. Trotzdem ist eindeutig, dass es aus den 1970er-Jahren stammt: Der Sepia-Stich, die Aviator-Brille, der Döschwo. Der WG-Döschwo, um genau zu sein. Im Begleittext erinnert sich der bärtige Mann auf dem Foto, Heinz Looser, an seine erste Wohngemeinschaft in Frauenfeld: Drei Freunde, Ravioli aus der Büchse, ein Putz-Turnus, der nur selten klappte.

Einen Post weiter, Anfang der 1980er-Jahre, ist Looser in den Kreis 5 gezogen. Auf dem Bild sieht man ihn ohne Bart auf der schneebedeckten Dachterrasse des Hauses an der Konradstrasse stehen, daneben Studi-Kolleg:innen mit Rollkragenpulli und weiss-roten Adidas-Rom-Schuhen. Statt des Putz-Turnus hätten damals die jeweiligen Partner:innen der WG-Bewohner ein Konfliktpotenzial dargestellt, steht unter dem Foto geschrieben.

## Sozialarchiv sucht WG-Erinnerungen

Dass Looser mit 58 Beiträgen zu den engagierteren Nutzer:innen des Online-Archivs [unseregeschichte.ch](http://unseregeschichte.ch) gehört, überrascht nicht: Er hat das Projekt – nach dem Vorbild des welschschweizer «[notrehistoire.ch](http://notrehistoire.ch)» – ins Leben gerufen, seit einem Monat ist die Seite online. Looser kennt sich mit Archiven aus. Fast dreissig Jahre hat er für Radio DRS und SRF Archive verwaltet und

digitalisiert. Sein Ziel ist, mit [unseregeschichte.ch](http://unseregeschichte.ch) der Öffentlichkeit einen Raum zu geben, in dem Erinnerungen geteilt und gemeinsam Geschichte gestaltet werden kann: Bei dieser «partizipativen Geschichtsschreibung» können Teilnehmer:innen des Projekts Fotos, Videos, Audioaufnahmen und Texte ohne journalistischen Anspruch auf der Seite hochladen. «Die Bewohner:innen der Schweiz verfügen alle über einen Teil eines Puzzles der ganzen Landes», sagt Looser. «Diese Aufnahmen und Erzählungen widerspiegeln die Familien-, Orts- und Alltagsgeschichte.» Geschichte für die Bevölkerung, mit der Bevölkerung also, ohne Eingrenzungen, was die Themenwahl angeht: Eine Nutzerin erzählt beispielsweise von ihrer Grossmutter, die Anfang des 19. Jahrhunderts auf einem Bauernhof im Entlebuch aufwuchs und deren Mutter vom Blitz erschlagen wurde, ein anderer erinnert sich an die strengen Sitten im Bad in St. Margrethen vor 80 Jahren («Buben und Mädchen durften nicht gleichzeitig schwimmen, dafür sorgte die strenge Bademeisterin Frau Niederer»), ein dritter teilt ein Foto des Domat-Emscher Jazz-Sextetts, bei dem er in Jugendjahren spielte. Viele Beiträge behandeln auch tragische Erinnerungen, wie die Geschichte einer Frau, die zwei Wochen vor ihrem Lehrabschluss bei einem grossen Schweizer Detailhändler von ihrem Chef sexuell missbraucht wurde. Seinen Job verlor daraufhin nicht der Chef, sondern sie. «Bei [unseregeschichte.ch](http://unseregeschichte.ch) geht es darum, die Aspekte der Schweizer Geschichte zu zeigen, die für das gesellschaftliche Leben wichtig sind, aber viel zu wenig abgebildet werden», so Looser. «Im Positiven, aber eben auch im Negativen.» Eine Pflicht, Beiträge mit Klarnamen zu veröffentlichen, gibt es aus diesem Grund nicht. Einzig bei der Registrierung müssen Personendaten angegeben werden.

Aber nicht nur die Bevölkerung soll beim Geschichteschreiben mithelfen: Auch Hochschulen, Archive, Museen oder das Schweizer Fernsehen stellen Erinnerungsstücke zur Verfügung. Die Zusammenarbeit, so Looser, ist eine Win-Win-Situation: Das Fokusthema WG sei zum Beispiel aus

der Kooperation mit dem Sozialarchiv entstanden, weil dieses in der nahen Zukunft Veranstaltungen zu dieser hochaktuellen Wohnform plane, aber nur über wenige Zeitdokumente dazu verfüge. Die Beiträge, die Nutzer:innen in der WG-Rubrik hochladen, sollen helfen, solche blinden Flecken der Schweizer Geschichte zu beseitigen, und als Inputkanal für das Sozialarchiv dienen. Auch für das Schweizerische Nationalmuseum dient Looser als Mittelsmann: Für eine Ausstellung zum Thema Italianità sammeln Migrant:innenorganisationen wie die Colonie Libere Erinnerungen ihrer Mitglieder, die auf dem Portal hochgeladen werden. Etwa im Monatsrhythmus soll jeweils ein neues Fokusthema lanciert werden – mit Einbezug der Partnerinstitutionen.

## Redaktionelle Beiträge als Ergänzung

Finanziert wird der Verein [unseregeschichte.ch](http://unseregeschichte.ch) von privaten Stiftungen. Das Jahresbudget von rund 190 000 Franken ist mittlerweile zu rund zwei Dritteln gedeckt. Die Suche nach Sponsoren erwies sich als schwierig, wie Looser erzählt: «Von den 40 Gesuchten, die ich an Stiftungen geschickt habe, wurden vier angenommen.» Das sei aber zu erwarten gewesen, und die Erfolgsquote von rund 12 Prozent sei vermutlich sogar leicht überdurchschnittlich. Sind die restlichen 80 000 Franken gesammelt, sollen zwei Teilzeitangestellte aus den Beiträgen von Mitgliedern und Institutionen redaktionelle Beiträge zu ausgewählten Themen aufbereiten. Bis dahin macht Looser vieles selbst oder arbeitet mit Freelancer:innen.

Noch hinkt die deutschschweizer Version des Projekts mit ihren rund 100 Mitgliedern und 500 Beiträgen dem französischsprachigen Vorbild (rund 6500 Mitglieder, seit 2009) hinterher. Entsprechend leer sieht denn auch der Grossteil der Kommentarspalten aus, die sich unter jedem Beitrag befinden. Dereinst soll hier gehörig diskutiert, geteilt und geliked werden, erhofft sich Looser, wie in einer Mischung aus Blog, sozialem Netzwerk und digitalem Archiv.



# Im Hauptquartier des Widerstands – Petition gegen Abrisspläne der CS

Die Credit Suisse will in der Siedlung Heuried-Küngenmatt in Wiedikon mehr als hundert Wohnungen abreissen. Doch mit einer Petition von Bewohner:innen, Vereinen und Verbänden formiert sich Widerstand.

Yann Bartal

Ein laues Lüftchen weht durch die Maisonettewohnung von Liliane Forster und Daniel Naef. Offen und herzlich werden die Gäste in der grosszügigen Dachgeschosswohnung der beiden empfangen. Auf der Terrasse stehen kühle Getränke und Chips bereit. Es ist eine Gemütlichkeit mit Kampfansage. Denn das Zuhause des Paares wurde in den vergangenen Monaten zum Hauptquartier des Widerstands. Dass das Treffen hier im Privaten stattfindet, ist strategisch geschickt. Jeder soll sehen, in welchem Zustand die Wohnungen sind.

Es wirkt. Alle, die an diesem Mittwochabend die Wohnung betreten, merken an, wie schön es hier sei. Die Räume sind hell, die Küche ist modern ausgebaut. Die Böden und die Wände zeigen kaum Abnutzung. «Noch nie musste etwas neu gemacht werden», meint Daniel Naef. Die Türen und Fenster sind vergleichsweise neu und tragen jetzt die Protest-Parolen «Wir bleiben im Heuried» und «Stopp den Abriss-Wahnsinn».

## Jung und Alt machen gemeinsame Sache

Es ist die letzte Sitzung vor der Lancierung der Petition «Kein Abriss und keine Verdrängung». Naef und seine Partnerin Liliane Forster vertreten die Anliegen der Bewohner:innen und der Interessensgemeinschaft «Nicht im Heuried». Durch ihren Protest hat ihr Anliegen bereits in den vergangenen Wochen die Öffentlichkeit erreicht. Daraufhin haben sich ihnen verschiedene Gruppierungen angeschlossen – Architektinnen, Stadtplaner und engagierte Einzelpersonen, die den Abbruch verhindern wollen. Auch an der heutigen Sitzung finden sich Mitglieder des Mieten Plenums und der Gruppierung «BEGA – Bestand erhalten gegen Abriss» ein. Weil sie sich des Problems der steigenden Mieten und der Verdrängung annehmen, solidarisieren sich die hauptsächlich jungen Leute mit den Hunderten Bewohnenden der Heuried-Küngenmatt-Siedlung. Auf dem Balkon der Wohnung von Naef und Forster wird nun gemeinsam der Petitionstext fertiggestellt. Die beiden Mittsechziger und die jungen Engagierten wägen jedes Wort noch einmal ab, streichen Sätze und suchen nach der besten Formulierung für ihre Forderungen. Es ist ihnen wichtig, aufzuzeigen, dass der Abriss der Siedlung alle etwas angehe. Dass sich so viele Junge für die Heuried-Siedlung einsetzen, freut das ältere Paar – und gibt ihm Hoffnung.



Liliane Forster und Daniel Naef wehren sich mit einer Petition gegen die Pläne der Credit Suisse. (Bild: Yann Bartal)

## «Es war das Paradies»

Ein Jahr ist es her, seit die Mieter:innen die Kündigungen erreichten. Es sei für viele eine schwere Zeit gewesen, sagt Forster. Dieses Gefühl der Entwurzelung habe sie selbst aus der Bahn geworfen, und es seien Monate vergangen, in denen

## «Es startet im Heuried, doch es geht um viel mehr.»

Liliane Forster, Interessensgemeinschaft  
«Nicht im Heuried»

sie schwermütig dem Auszug entgegenschah. An eine Depression, die durch einen Rausschmiss ausgelöst werden kann, denke niemand, meint sie. Schliesslich nahm der Mieterinnen- und Mieterverband Kontakt mit ihr auf und ermutigte sie, sich zu wehren. Die Interessensgemeinschaft «Nicht im Heuried» wurde gegründet. Es gebe viele Nach-

barn, die ihr Engagement unterstützen, selbst aber zu wenig Kapazitäten hätten für den Protest. Denn es sei sehr viel Arbeit, sagt das Paar. Forster ist pensioniert, Naef hat gerade so wenig Aufträge als Kameramann, dass er den Widerstand nebenher bewerkstelligen kann. Der Einsatz der beiden wird von der Allgemeinheit geschätzt. Ihre Dankbarkeit zeigen sie in Form einer selbst gekochten Paella oder mit frischen Granatäpfeln im Briefkasten. «Es menschelt», meint Naef lächelnd.

Man kennt sich im Quartier. Nachdem das Paar 2005 aus seiner damaligen Wohnung geworfen worden war, liessen sich die beiden in der kernsanierten Siedlung Heuried-Küngenmatt nieder. «Für uns war es das Paradies», erinnert sich Daniel Naef. Sie seien stets davon ausgegangen, dass dies der letzte Umzug war und sie hier alt werden können. Erst vor drei Jahren wurden eine neue Heizung und Solarpanels zur Warmwasseraufbereitung eingebaut.

Forster und Naef gehörten nach der Kernsaniierung zu den ersten Mietenden der Siedlung – und werden zu den letzten gehören. Die Credit





Im Jahre 2005 wurde die Siedlung Heuried-Küngenmatt kernsaniert. (Bild: zVg.)

Suisse Asset Management AG sieht hier ab 2028 «qualitätsvolle bauliche Verdichtung» vor. Deshalb wird die Siedlung komplett abgerissen und den modernsten ökologischen Standards entsprechend neu gebaut. Da in den kommenden Jahren umfassende Sanierungen nötig gewesen wären, sei ein Abriss umweltschonender, argumentiert die Eigentümerin.

## Gegen den Abrisstrend

Für die Bewohnerinnen hingegen ist klar: Die Wohnungen sind in bestem Zustand. Hier könne man problemlos noch mehrere Jahrzehnte günstig wohnen, ohne graue Energie zu vernichten. Auch wenn die Credit Suisse ökologisch gestaltete Grünräume plant: Gemäss den Plänen der Bank kommen die jetzigen Rasenflächen, Büsche, Blumen und Bäume, die teilweise 80 Jahre alt sind, erst einmal weg. Die Kritik kommt nicht nur von Betroffenen: Auch das internationale Netzwerk von Stadtforscher:innen INURA wandte sich in einem offenen Brief an den Bundesrat: «Die Zerstörung von preiswertem Wohnraum durch eine grosse und mächtige Institution wie der Credit Suisse in einem der reichsten Länder der Welt ist nicht zu rechtfertigen.» Daher fordern sie, dass die CS die sechs Mehrfamilienhäuser an eine gemeinnützige Wohnbauträgerin oder die Stadt Zürich verkauft. Die nun lancierte Petition schlägt in die gleiche Kerbe. Der Stadtrat soll mit der Credit Suisse Asset Management AG in Verkaufsverhandlungen treten und die Mehrfamilienhäuser so der Spekulation entziehen. «Eigentum verpflichtet», findet Naef, «und jetzt, wo die CS uns allen etwas

schuldet, wäre das elegant.» Mit dieser «eleganten» Lösung sollen 108 Wohnungen vor dem Abbruch bewahrt werden.

Das Paar, die Interessensgemeinschaft «Nicht im Heuried», die Mitglieder des Mieten Plenums, die BEGA und alle weiteren Beteiligten verstehen ihren Widerstand als Stellvertreterkampf gegen den Abrisstrend in Zürich. Es gehe nicht nur um das Heuried-Quartier, sondern um bezahlbaren Wohnraum an sich, so Forster. Durch ihr Enga-

gement soll ein Präzedenzfall dafür geschaffen werden, dass intakte Strukturen nicht abgerissen werden dürfen. Jetzt sei der Moment, um sich zu vernetzen. «Es startet im Heuried, doch es geht um viel mehr», so Forster.

Offiziell lanciert wurde die Petition am Donnerstag, 29. Juni. Über den ganzen Sommer wollen Forster und Naef in Zürich auf der Strasse, an Festivals, in der Nachbarschaft und online auf Campax Unterschriften sammeln.



Die 108 Wohnungen der Siedlung sollen abgerissen werden. (Bild: Yann Bartal)



# Immo-Hai der Woche: Swiss Life

1988, als ich beim Zürcher Mieterinnen- und Mieterverband begann, war die Schweizerische Lebensversicherungs- und Rentenanstalt – so hiess die Swiss Life damals – eine Vorzeigevermieterin. Sie vergab ihre Hypotheken ein Viertelprozent günstiger als die ZKB und berechnete die Mieten entsprechend auch mit einem 0,25 Prozent tieferen Hypozins. Damals war sie noch eine Genossenschaft auf Gegenseitigkeit, Überschüsse kamen den Versicherten zugute, die zugleich Genossenschafter:innen waren.

## 38 500 Wohnungen, 5000 in der Stadt Zürich

Im Zuge der neoliberalen Welle wurde die Rentenanstalt 1997 in eine börsennotierte Aktiengesellschaft umgewandelt, die 600 000 Genossenschafter:innen erhielten Aktien zugeteilt. Allerdings erfolgte danach eine rasche Konzentration des Aktienbesitzes. Derzeit sind noch 166 814 Aktionär:innen eingetragen, und 0,73 Prozent davon kontrollieren knapp zwei Drittel aller Aktien. Die grössten Aktienpakete halten der US-Investment-Manager BlackRock (5,3 Prozent) und die UBS-Fonds (3,09 Prozent). Heute gehört die Swiss Life zu den aggressivsten Playern in der Immobilienszene, sowohl was die Kauf- wie die Mietpolitik angeht. Schlagzeilen machte vor vier Jahren der Kauf eines SRF-Grundstücks in Seebach für 81 Mio. Franken (12 700.- pro m<sup>2</sup>); die Stadt Zürich war bei 40 Mio. Franken aus dem Bietverfahren ausgestiegen. Lange Zeit war die Swiss Life der unbestrittene Platzhirsch, mit der Fusion von UBS und CS musste sie diesen Spitzenplatz abgeben. Ihr Schweizer Immobilienbesitz hat einen Bilanzwert von 35,1 Milliarden Franken und umfasst 38 500 Wohnungen, davon allein rund 5000 in der Stadt Zürich, und zahlreiche Geschäftsliegenschaften.

## Doppelt profitables Asset Management

Zum eigenen Portfolio hinzu kommen die Liegenschaften, die über das Asset Management bewirtschaftet werden. 2009, 2011 und 2017 hat die Swiss Life drei

Immobilien-Anlagestiftungen für Pensionskassen und 2015 den Immobilienfonds «Swiss Properties» gegründet, der Pensionskassen und Grossanleger:innen vorbehalten ist. Bei diesem Geschäftsmodell – das auch andere Versicherungskonzerne wie AXA und Zurich oder die Swiss Prime Site AG praktizieren – profitiert sie gleich doppelt. Da ein schöner Teil der Fonds- und Stiftungsliegenschaften aus dem Portfolio der Swiss Life stammt, macht diese zunächst mit dem Verkauf einen ersten Reibach. Anschliessend kassiert sie – zusätzlich zu den ordentlichen Bewirtschaftungskosten – fürstliche Managementgebühren, die prozentual an den Verkehrswert der Liegenschaften und damit an die Höhe der Mieten geknüpft sind. Diese «management fees» machen zwischen 12 Prozent und 21 Prozent der Mieteinnahmen aus, 2022 brachten sie der Swiss Life rund 50 Mio. Franken ein.

## Frostige Zeiten für Mieter:innen...

In 21 000 Wohnungen – mehr als der Hälfte des Bestands – will die Swiss Life dieses Jahr die Miete erhöhen. Das spült ihr 30 bis 40 Mio. Franken zusätzlich in die Kasse – willkommene Munition für die nächste Dividendenerhöhung. Das bestreitet zwar CEO Patrick Frost. Der «Löwenanteil» der Mehreinnahmen komme den Versicherten zugute, «weniger als 10 Prozent» davon flössen an die Aktionär:innen.

## ...Manna für Aktionär:innen

Allen Beteuerungen zum Trotz: Ein schöner Teil der Immobilienprofite fliesst in die ständig steigenden Dividenden. Fakt ist, dass die Swiss Life in den letzten 20 Jahren eine überaus aggressive Gewinnausschüttungspolitik verfolgt hat und weiterhin verfolgt. Nach einem mehrjährigen Taucher im Nachgang der Finanzkrise hat sie ab 2012 die Dividende von 4.50 kontinuierlich auf 30 Franken pro Aktie erhöht. Für die Geschäftsjahre 2004 bis 2022 hat die Swiss Life insgesamt 6900 Mio. Franken Dividenden ausgeschüttet, davon mehr als die Hälfte steuerfrei. Von 2004 bis 2010 setzte sie




**Stauffacherquai 56**

**1931** gebaut  
**2017** gekauft  
**2023** luxussaniert

**Jetzt**  
**3-Zimmer-Wohnung**  
**für 4'390 Franken**

**So nöd!**

**AL**  
Alternative Liste  
al-zh.ch

den Nennwert der Aktien schrittweise von 50 auf 5.10 Franken herab und bezahlte den Reduktionsbetrag – rund 1,5 Milliarden Franken – als steuerfreie Dividende aus – ein Steuerumgehungsrezept, das in den 1990er-Jahren vom Shareholdervalue-Papst Martin Ebner entwickelt wurde. 2011 bis 2018 folgte dann – Bundesrat Merz und der Unternehmenssteuerreform II von 2008 sei

**Ernst Joss erhielt Applaus von den Anwesenden, sein Antrag wurde mit 12,4 Millionen gegen 11 624 Stimmen abgeschmettert.**

Dank – die steuerfreie Ausschüttung der vorhandenen Kapitaleinlagereserven, nochmals rund 2 Milliarden Franken! Zum Abschluss wurde 2019

nochmals der Aktien-Nennwert von 5.10 auf 10 Rappen herabgesetzt.

## Protest an Swiss Life- Generalversammlung

Diese ständige Umverteilung von Mieter:innen zu Kapitalbesitzer:innen wollte sich Kleinstaktionär Ernst Joss, AL-Gemeinderat aus Dietikon und früherer Mitarbeiter der Rentenanstalt, nicht weiter gefallen lassen. An der Generalversammlung vom 28. April 2023 stellte er den Antrag, auf die vorgeschlagene Dividenden-erhöhung von 25 auf 30 Franken pro Aktie zu verzichten und die frei werdenden Mittel für gezielte Mietzinsreduktionen einzusetzen. Mit den 150 Mio. Franken könnten alle SwissLife-Mieten in der Schweiz um einen Achtel oder die Hälfte um einen Viertel reduziert werden. Verwaltungsratspräsident Rolf Dörig konterte sec: «Das ist sehr sozial gedacht. Aber wir sind keine Genossenschaft mehr.» Ernst Joss erhielt Applaus von den Anwesenden, sein Antrag wurde mit 12,4 Millionen gegen 11 624 Stimmen abgeschmettert.  
Niklaus Scherr



## Kindersicht

**An den Rändern der Gesellschaft zeigt die Unübersichtlichkeit in Nicaragua ihr Antlitz.**

Maria (Ara Alejandra Meda) ist mit ihren elf Jahren kein Kind mehr, das sein Tagwerk allein auf Zuraten der Mutter Lilibeth (Virgina Sevilla) hin ausrichtet. Die beiden leben in einer Wellblechhütte am Rand des grössten Abfallberges am Rand von Managua an einem See. Aber Maria ist noch Kind genug, um sich spielerisch unter die professionellen Abfallsammler:innen zu mischen und diese Suche nach Schätzen als Abenteuer anzusehen. Zu Hause gibts Schelte, weil sie wieder diesen Mist mitgebracht hat und von Kopf bis Fuss mit undefinierbarem Staub bedeckt ist. Also: schrubb. Weil Lilibeth dafür gar keine Zeit hat, fällt die Waschung etwas ruppig aus, und die vermeintlichen Schätze fliegen in hohem Bogen zurück auf die Müllhalde. Laura Baumeister erzählt «La hija de todas las rabias» vorwiegend entlang von eindringlichen, stimmungsvollen Ahnungen, die zu faktischen Gewissheiten werden, ohne dass sämtliche Hintergründe exakt ausformuliert werden müssen. Gefahren für Frauen lauern auf jedem Meter. Lilibeths nächtliche Versuche, Restabfall weiterzuverkaufen, sind derzeit erfolglos. Es herrscht eine Zwietracht über den Preis zwischen



Verschiedenen Ebenen des Wirtschaftskreislaufs, deren Folgen an Massenausschreitungen oder eine Revolution erinnern. Mit der parallelen Hundezucht glaubt Lilibeth, das Ärgste abwenden zu können, aber die Hundeliebe Marias in Kombination mit ihrem Spiel- und Kuscheltrieb hat zur Folge, dass die Welpen kläglich verenden. Lilibeth zahlt dafür einen hohen Preis. Sie muss dringend Geld auftreiben und unbedingt Maria in Sicherheit bringen. Irgendwo im Hinterland übergibt sie Maria in die Obhut eines Betreiberpaares eines übermannhoch abgeriegelten Werkstoffhofes. Maria muss, wie alle anderen illegal hier arbeitenden Kinder auch, mitanpacken. Aber sie will nur zurück zur Mutter. Die einzige Kontinuität ist ein heftiges Auf- und Ab zwischen Derb- und Restzartheit. *froh.*

«La hija de todas las rabias» spielt im Kino Houdini.

## Nicht pointiert

**Nach Egon Schiele widmet sich Dieter Berner Alma Mahler und ihren Liaisons.**

Die Körperlichkeit alias Nacktheit war bereits im Vorgängerkino als regelrechte Obsession des Regisseurs erkennbar. Die proföfeministische Komponente von Alma Mahlers (Emily Cox) Freizügigkeit hinsichtlich ihrer Männerwahl und ihre Chuzpe, sich entgegen aller Gerüchte über sie, die Wien und Prag in regelrechte Wallung versetzen, ganz selbstverständlich weiter nach eigenem Gusto zu verhalten, stehen allein szenisch als Erklärung für die Modernität dieser Frau.

Als Gattin Gustav Mahlers war sie wer. Eine Stellung, die eine Witwe um die vorletzte Jahrhundertwende schnurstracks zu verlieren drohte, suchte sie sich nicht einen Folgegatten. Doch Alma verlor sich in Wien lieber mit dem Skandal-künstler Oskar Kokoschka (Valentin Postlmayr) und in Prag mit dem Architekten Walter Gropius (Anton von Lucke) und hegte darüber hinaus auch noch die Frechheit, via ihre eigene Arbeit als ernstzunehmende Komponistin Anerkennung finden zu wollen.

«Alma und Oskar» von Dieter Berner setzt die Kenntnis über die in der Zeit und in der Schicht herrschenden gesellschaftlichen Gepflogenheiten



voraus und stellt das Exempel der Darstellung von Handlungen jenseits der pruden Anstandswahrung an Stelle einer expliziten Würdigung des Mutes der emanzipatorischen Selbstermächtigung durch Alma Mahler. Derart entpolitisiert landet er nahe am Kostümfilm, der genauso ohne die Brisanz der Gemengelage angesehen werden kann. Die Männer sind hinsichtlich ihres Selbstverständnisses als Mann und genauso bezüglich der – trotz aller Skandale – gefälligst einzunehmenden Rolle der Frau alles andere als modern. Sie sonnen sich zwar im Glanz Alma Mahlers und fühlen sich in dieser leidlich verruchten Lebensweise grossartig unkonventionell, aber letztlich zeigen sich alle bloss als kleingeistige und gekränkte Chauvinisten. Die Würdigung der im Filmtitel erwähnten Frau hätte durchaus sehr viel pointierter im Zentrum zu stehen kommen können. *froh.*

«Alma und Oskar» spielt im Kino Movie.

## Subversiv

**Wer in der Verdorbenheit lebt, tut gut daran, sich die Spielregeln selbst anzueignen.**

Regisseure sind übergriffig, Vermieter sind Abzocker, Richter sind korrupt, und die Liebesschwüre der männlichen Abkömmlinge einer sogenannt besseren Gesellschaft sind leere Versprechen. Sie wollen bloss poussieren. Zwei junge Frauen im Paris der 1930er-Jahre wollen sich in François Ozons neuem Film «Mon crime» nicht weiter mit der ihnen zugeordneten Rolle als Gespielinnen abfinden und starten zur – sehr ungewöhnlichen – Gegenwehr.

Die arbeitslose Schauspielerin Madeleine Verdier (Nadia Tereszkiewicz) hat gerade eine vielversprechende Rolle verloren, weil sie den Filmogul herzhaft zurechtgewiesen hat, seine Finger und andere Körperteile bei sich zu lassen. Pauline Mauléon (Rebecca Marder) ist ihre Mitbewohnerin in der schäbigen Dachkammer und trotz



dekoriertem Abschluss in Rechtswissenschaften bislang partout ohne Mandat geblieben. Als die Zeitungen vermelden, der Filmogul sei ermordet worden, sehen die beiden exakt darin die Chance, den Spiess umzudrehen. Madeleine will die Tat zugeben, Pauline sie vertreten. Wenn sie nur glaubhaft machen können, gegen welches menschenunwürdiges Benehmen Madeleine sich bloss mit letzter Kraft gewehrt hat, rechnen sie mit einer empörten Öffentlichkeit. Dieser Druck würde schon helfen, die Rechtssprechung zu ihren Gunsten ausfallen zu lassen. Ein Wagnis, das nicht frei von sehr heutiger Doppeldeutigkeit ist und den beiden (natürlich) einen ruhmreichen Ruf besser ein Stardasein beschert. Ein trotteliger reicher Romantiker (Edouard Sulpice) und dessen zynischer Vater (André Doussolier) spielen je nach ihren Regeln des Spiels, während der schwerreiche Marseillais (Dany Boon) die Gunst der Stunde nutzt, die Pariser Elite zu seinen Gunsten am Gängelband vorzuführen. Auf dem Höhepunkt der Turbulenzen mischt sich auch noch eine abgehalfterte Diva (Isabelle Huppert) ein, die den Mord ergo Ruhm für sich beansprucht. Eine elegant über-spitzte Kurzweil. *froh.*

«Mon crime» spielt in den Kinos Houdini, Le Paris.

# Jodeln, Verdingkinder & agitatorische Arbeiterlieder

## Samstag, 8. Juli

8. 30 SWR: «**Die Liebe zum Haustier.**» Silvia Plahl in der Wissen-Serie «Das Tier und Wir».

10.00 DLF: «**Klassik, Pop et cetera.**» Heute mit Zülfü Livaneli, Musiker und Schriftsteller aus Anatolien.

11.00 DLF: «**Die Sprache der Berge.**» Über das Jodeln. Knut Benzner in der Reportage-Reihe Gesichter Europas. Umschrieben wird es in der Vorschau als «Singen ohne Text auf Lautsilben bei häufigem, schnellen Umschlagen zwischen Brust- und Falsettstimme». Aber natürlich sei es noch mehr: Jodeln ist Folklore, eine musikalische Kunstform, manchmal arg volkstümelnd... Und bei SRF 2 die «Musik für einen Gast» mit Hansjörg Hinrichs, angepriesen als «Expeditionsleiter Südpazifik.»

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Ronen Steinko, Journalist und Jurist. Schon in der Doktorarbeit hat er sich mit Kriegsverbrecher-Tribunalen befasst und sie gehören noch immer zu seinen Themen.

19.00 SWR: «**Herren der Lage.**» Hörspiel nach dem Kriminalroman von Castle Freeman. Angekündigt als «beinhardter Western über das ländliche Amerika».

20.00 SRF 2: «**Bombensache.**» ARD-Radio-Tatort von Ben-Alexander Safier und Janine Lüttmann. Sprengstoffanschlag auf einen GROSSINDUSTRIELN. Eigentlich hatte dieser seine neuen Sneaker erwartet, als der Paketbote kommt. Aber als er den Karton öffnet... Und beim DLF als Sommer-Repriese: «Genauso, bloss anders.» Hörspiel von Antje Meichsner. «Keine Ahnung, was ein Anarchist ist. Ich sage ja, gleichgültig und aufgeregt bis unter die Zehenspitzen. Ich ziehe mir die Anarchie an wie meine Lederjacke mit den Sicherheitsnadeln.» Sich ein Verhalten zulegen, sich vom Verhalten frisieren lassen, sich von den Verhältnissen frisieren lassen. Eine jugendliche Punkerin spricht am Ende der DDR über ihr Leben und ihre Erfahrungen.

21.00 SRF 2: «**John Cage und die Schweiz.**» Florian Hause präsentiert eine Archivperle – Gespräche mit den Pianisten Hildegard Kleeb und Werner Bärtschi, dem Journalisten Jürg Erni und dem Organisten und Kritiker Fritz Muggler. «Vor über dreissig Jahren ist er gestorben, der sanfte Revolutionär. Welche Spuren hat Cage bei uns hinterlassen und wie kam er hierzulande eigentlich an? Wie waren seine ersten Besuche in Zürich, seine Erlebnisse in Basel?»

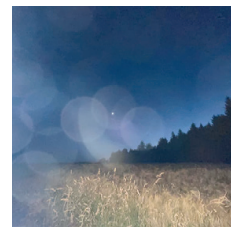
22.00 DLF: «**Viersaitig vielseitig.**» Die improvisierende, komponierende und performende Geigerin Biliana Voutchkova, vorgestellt von Dietrich Petzold im Atelier neuer Musik.

23.00 DLF: «**Unter dem Vulkan.**» Zweitausstrahlung einer Langen Nacht über Neapel. Die dreistündige Sendung wurde 2020 von Cristiana Coletti und Wolfgang Hamm gestaltet. Gern geworben werde mit verschwenderischer Wonne unter ewiger Sonne, die alle Sinne in einen Rausch versetzt. Realität sei ein urbaner Grossraum mit drei Millionen Menschen, voller Kon-

traste und Widersprüche. «Eine unverwechselbare Metropole mit einem eigenen, oft schwer begreifbaren Universum.»

## Sonntag, 9. Juli

8.30 SRF 2: «**Fischlichristen im Umwelt-einsatz.**» Perspektiven-Report von Judith Wipfler. Sie befreien Wald und Wiesen



von Müll und invasiven Pflanzen. Wohl eher augenzwinkernd nannte die Gruppe von im Umweltbereich aktiven Christinnen

und Christen sich «Grüner Fisch». Auch der Berner Weltraumphysiker André Gali ist dort aktiv, und mit ihm habe sich die Reporterin auf eine Nachtwanderung begeben, um «in den Himmel und auf den Zustand dieser Erde» zu schauen. Gleichzeitig bei SWR 2: «So sieht die zeitgemässe Schule aus.» Science Talk mit dem Lehrer und Netzaktivisten Bob Blume.

9.30 DLF: «**Poesie und Revolte.**» Essay von Thekla Dannenberg. Es gehe darin um die Erzählungen aus der Lebensphase des Erwachsenwerdens, in der sich Gefühl, Kreativität und Revolte auf magische Art verbinden.

12.00 SWR: «**Das Ahrtal zwei Jahre nach der Flutkatastrophe.**» Michael Lang über Trauer, Angst und Hoffnung in der Seilbahnstrasse in Altenahr.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Heute mit Jagoda Marinic, Autorin und auch als Kulturjournalistin des Jahres ausgezeichnet.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Ute Lemper, Sängerin und Schauspielerin.

14.00 SWR: «**Klasse und Habitus.**» Autorinnen und Autoren erzählen vom Milieuwechsel. Feature von Ulrich Rüdener. Nicht wenige haben in den letzten Jahren über ihre eigene, nicht so privilegierte Herkunft geschrieben – und über das, was folgt, wenn man sie hinter sich lässt. Didier Eribon, Annie Ernaux, auch einige in Deutschland. Und welche Rolle spielen die feinen sozialen Unterschiede eigentlich im Literaturbetrieb?

15.00 SRF 2: «**Amapiano – aus Südafrika rund um die Welt.**» Bjørn Schaeffner geht in der Passage den Spuren einer Clubmusik aus Südafrika nach, die weltweit die Charts stürmt. Und beim DLF in Rock et cetera: «Alle Gefühle – jetzt!» Anke Behlert über die US-amerikanische Musikerin Indigo De Souza.

18.20 SWR: «**Der dritte Mann.**» Film von Carol Reed nach dem Drehbuch von Graham Greene. 1950 wurde der Kinoklassiker «hörspieltauglich» gemacht.

20.00 DLF: «**Zwischen Protest und Pessimismus.**» Jugendkultur im Deutschland der 80er-Jahre. Feature von Mein-

hard Stark. Hippies verschwinden, Punks prägen das neue Bild der Grossstadt, aus



Rockern werden Heavy-Metal-Fans, auch Gothic wird cool, und es entstehen ganz eigene Formen der Rebellion.

23.00 SWR: «**Musik grenzenlos.**» Bianca Schwarz präsentiert handverlesene Musik aus aller Welt. Dies im Rahmen des sommerlichen ARD-Radiofestivals.

## Montag, 10. Juli

8.30 SWR: «**Ressource und Umweltrisiko.**» Thomas Hillebrandt zur Lithium-Förderung in Deutschland.

14.00 SRF 1: «**Fährhausgespräche.**» Jean-Claude Kuner begegnet Thomas Hürlimann am See. In dieser vierten Folge wird gemäss Vorschau «der künstlerische Prozess beleuchtet».

22.30 SWR: «**Grosse Geschichten gehören auf die grosse Leinwand.**» ARD-Radiofestival-Gespräch mit Lars Kraume, Filmregisseur.

## Dienstag, 11. Juli

8.30 SWR: «**Jung, spirituell, online.**» Sofie Czilwik zur Sinnsuche auf Social Media.

15.00 SWR: «**Wie gelingt das?**» Monika Kophal zu Feminismus und Mutterschaft.

19.15 DLF: «**Halts Maul, du lügst.**» Verdingkinder in der Schweiz. Feature von Charly Kowalczyk. Vor zehn Jahren produziert. Hunderttausende wurden in der Schweiz «verdingt», oft wurden sie ihren Eltern gegen deren Willen weggenommen, meist bei Bauernfamilien in Pflege gegeben, die dafür Kostgeld bekamen. Und viele von ihnen wurden dort noch bis Ende der 1970er-Jahre wie Sklaven behandelt, eine staatliche Kontrolle gab es kaum.

20.00 DLF: «**Stolz des Ostens.**» Hörspiel von Ralf Rothmann. «Er stand schon wieder da.» Die junge Frau beobachtet den Jungen, der das Paar nicht aus den Augen lässt, das sein Zimmer und sein Zuhause okkupiert hat. Angekündigt als eher verstörende Sommergeschichte aus der Ex-DDR.

21.00 SRF 2: «**Samtner Tiefgang.**» Balladensänger Johnny Hartman.

22.00 DLF: «**Ihr seid das Ruhrgebiet!**» Zeitgenössische Musik in der Metropole Ruhr. Präsentiert von Leonie Reineke.

## Mittwoch, 12. Juli

8.30 SWR: «**Das europäische Herz Rumäniens.**» Silke Hahne über die Stadt Timișoara.

15.00 SWR: «**Doppelleben.**» Eine Tochter und ihr geheimnisvoller Vater. Klaus Schirmer zu einer verwickelten Stasi-Hinterlassenschaft.

20.00 SRF 1: «**Gägwärt.**» Spasspartout aus Mundartnächten älterer Jahrgänge. Und bei SRF 2: «**Vergänglichkeit.**» Hanspeter Frehner & sein ens. für neue musik zürich. Vorgestellt von Florian Hauser. Er wurde in den frühen 60ern mit Musik der Beatles/Stones geimpft. Weiterbildung durch Frank Zappa, Miles Davis, Stockhausen. Jetzt hört er auf.

21.00 DLF: «**Wie ist dit zustandeje-komm?**» Querkopf Jürgen Kuttner erklärt die Welt.

22.30 SWR: «**Über Kriegsfotos zu schreiben ist für mich ein Todesritual.**» ARD-Gespräch mit Kristine Harthauer.

## Donnerstag, 13. Juli

8.30 SWR: «**Als der Kalte Krieg fast zum Atomkrieg wurde.**» Andrea Rehmsmeier über die Kubakrise 1962.

15.00 SWR: «**Wald oder Windpark.**» Thomas Kruchem führt exemplarisch vor, wie es ist, wenn die Energiewende an die eigene Haustür klopft.

20.00 DLF: «**Systemfragen.**» Danach die zweite Folge der Reprise von «Exit Exil».

22.00 DLF: «**Lehrstücke, Arbeiterlieder und Opern.**» Klaus Gehrke präsentiert historische Aufnahmen zur Zusammenarbeit von Hanns Eisler und Bertolt Brecht. Auch wenn deren Freundschaft über die Jahre des von den Nationalsozialisten erzwungenen Exils bis zum Tode Brechts in der jungen DDR anhielt, wurde ihre Zusammenarbeit zuweilen schwierig, denn dieser wünschte keine Einmischung in seine Arbeit, und er mochte auch die Zwölftonmusik nicht, die Eisler als Schönberg-Schüler favorisierte.

## Freitag, 14. Juli

8.30 SWR: «**Büros umwidmen statt Häuser bauen.**» Frank Drescher zeigt, wie Wohnungsnot auch zu bekämpfen wäre.

10.00 DLF: «**Leben auf dem Land.**» Warum Menschen die Stadt verlassen.

15.00 SWR: «**Krypto!**» Der Traum vom magischen Internetgeld. Die erste Folge: Ein Cowboy im Cyberspace. Feature von Maximilian Netter und Klaus Uhrig.

20.00 DLF: «**Briefe an mich.**» Esther Schelderer im Zwiegespräch mit ihrem queeren Ich. Parallel bei SRF 1: «**Bonjour Tristesse**» von Françoise Sagan. Der erste Teil einer jüngeren Hörspiel-Version. Und bei SRF 2 in der Passage geht es um «Seide, Wolle und Leinen Swiss made.»

**DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**



# Bücher der Woche

## Zweimalige Umwertung

Harald Jähners Buch «Höhenrausch» über Deutschland während der 20er-Jahre des letzten Jahrhunderts ist eine faszinierende Verbindung von Ideengeschichte und Ökonomie. Selbstverständlich prägte die militärische Niederlage 1918 ohne wirkliche Kapitulation samt den Auflagen der Sieger die deutsche Politik zwischen den beiden Weltkriegen entscheidend. Aber wohl noch prägender als das Ende des Kaiserreichs und der schwierige Beginn der parlamentarischen Demokratie war die Inflation, die sich in der zweiten Hälfte von 1923 zu einer Hyperinflation entwickelte, die zuerst die Mittelschicht und dann – abgesehen von einigen Schiebern und Spekulanten – alle verarmen liess und die bürgerlichen und adligen Werte der Vorkriegszeit auflöste. Es war aber, was der Autor sehr betont, nicht nur eine Zeit der Auflösung, sondern auch des radikalen Umbruchs, der Chancen für eine neue Gesellschaft.

Am besten zeigt sich dies bei den Frauen, zumindest in ihrem Ideal- oder Vorbild. Sparte die junge Frau der Kaiserzeit für ihre Aussteuer, funktionierte das mit der Hyperinflation nicht mehr. Das Angesparte war weg, die eigene Berufstätigkeit in den rasant aufkommenden Büroberufen die Grundlage des Auskommens. Die jungen Frauen wurden zwar meist schlecht entlohnt, aber sie verdienten ihr eigenes Geld und nahmen sich die Rechte der Männer; sie gingen allein oder mit der Freundin in den Ausgang, mit Bubikopf und Sackkleid, man hatte heute Sex und wartete nicht bis zur Hochzeit, und vor allem tanzte man wie verrückt; nach der Musik aus Amerika. Zudem ging frau und mann nicht nur in den Städten ins Kino und ins Theater, man sprach von einer Vergnügungssucht.

Auch in der Kunst und im Städtebau änderte sich der Trend radikal; neue Sachlichkeit wie im Bauhaus statt verschnörkeltem Historizismus. Expressionismus, Grosstadtromane. Es war ein eigentlicher Höhenrausch in die Moderne, der selbstverständlich im Trend und in den Städten sehr viel deutlicher als im Leben vieler Menschen hervortrat. Der Höhenrausch kippte zu Beginn der 30er-Jahre in einen Rausch des gewalttätigen Nationalismus. Ein beeindruckendes Buch, flüchtig, verständlich und mit viel Freude am Erzählen geschrieben. *kl.*



Harald Jähner: **Höhenrausch**. Rowohlt Berlin 2022, 557 Seiten, 42,90 Franken.

## Berlin – im Detail

Armin Fuhrer schildert aus einer moralischeren Sicht die Inflationsjahre 1922/23 in der Stadt Berlin sehr detailliert und kreist um die beiden Pole Hunger und Ekstase. Die Inflation traf praktisch alle Berliner:innen. Zuerst, wie Armin Fuhrer eingehend schildert, vor allem den Mittelstand, die Intellektuellen und die Beamten sowie die Journalist:innen und die Medien. Den ganz Armen (etwa im Judenviertel Scheunen) ging es schon immer schlecht, die organisierte Arbeiterschaft konnte sich recht lange halbwegs behaupten, da sie mit den Gewerkschaften und auch mit Streiks rasche Lohnerhöhungen durchsetzte. Als dann ein Dollar eine Million Mark wert war, kämpfte auch sie um das nackte Überleben; in einer Stadt, die sehr stark wuchs, eine immer grössere Wohnungsnot kannte und deren Menschen in vielen Vierteln unter katastrophalen hygienischen Verhältnissen lebten und denen das Geld sowohl für den Arzt wie für die Apotheke fehlte.

Der Autor schildert sehr eingehend und mit vielen Beispielen die sich stets verschlechternde Lage mit der Zunahme der Kriminalität und vor allem der Prostitution in allen Formen. Insgesamt lebten gegen Ende 1923 gut 100 000 Personen direkt oder indirekt vom Milieu. Dieses ernährte sich stark von den Ausländern, heute würde man sagen Touristen. Wer Dollars oder auch belgische Francs besass, konnte sich auch als Nichtreicher in Berlin die besten Hotels, Sekt, Champagner, Frauen und auch Männer problemlos leisten.

Vergnügungstätten – legale und noch viel mehr illegale – existierten im Berlin jener Jahre Tausende (später immer noch viele, aber doch weniger), für die Auswärtigen und die Berliner:innen selber, die sich vor allem 1923 in eine richtige Tanz- und Sexwut hineinsteigerten. Berlin wurde zur Hauptvergnügungstadt der Welt, wobei in vielen Lokalen Nackttänzerinnen auftraten. Drogen waren ebenfalls fast allgemein erhältlich, Homosexualität und Transsexualität zwar theoretisch verboten, praktisch aber toleriert, auch weil die Polizei dagegen machtlos war. Das Buch ist anschaulich, mit vielen Fakten, mitunter etwas moralisch. *kl.*



Armin Fuhrer: **Hunger & Ekstase**. Berlin 1922/23, Elsen-gold Verlag 2022, 239 Seiten, 38,90 Franken.

## Hitlerputsch

Der Hitlerputsch vom 8. November 1923 in München spielte in der Inszenierung des Dritten Reichs nach der Machtübernahme durch die Nazis eine zentrale Rolle; eine Bedeutung, die ihm keineswegs zukommt. Wolfgang Niess schildert Bayern und vor allem München in den Nachkriegszeiten. Auch wenn die Stadt kurzfristig eine linke Räterepublik gewesen war (die sehr blutig niedergeschlagen wurde), dominierten die Nationalisten und Monarchisten das politische Geschehen. Von der Republik hielten viele und vor allem Hochgestellte sehr wenig, zumal sie diese mit Sozialdemokratie und noch schlimmer mit Preussen gleichsetzte. Praktisch alle waren sie zudem Antisemiten und mit den Freikorps verbandelt, jenen Armeeentlassenen, die keine zivile Beschäftigung suchten oder fanden. Zu ihnen gehörte auch Adolf Hitler, der sich zunächst als politischer Beobachter bei der Armee durchschlug, dabei sein Rednertalent entdeckte (und auch den Antisemitismus) und sich in den Bierzelten und Sälen einen Ruf erredete. Politische Veranstaltungen mit Reden vor Tausenden von Teilnehmer:innen gehörten in der damaligen Zeit zur Normalität.

In München spielte an der Spitze des Staates ein Triumvirat mit Gustav Ritter Kahr, Otto von Lossow und Johann Ritter von Seisser die entscheidende Rolle. Sie waren zu einem Marsch nach Berlin bereit, um die verhasste Regierung um Friedrich Ebert durch ein Direktorium abzulösen. Adolf Hitler, der sich mit General Ludendorff, dem Helden von Tannenberg, zusammengetan hatte, spielte bei diesen Plänen zum Staatsstreich eine Nebenrolle. Erst als das Triumvirat vor der Tat im November 1923 zögerte, handelte Hitler auf eigene Faust, rief im Bürgerbräukeller die Revolution aus, nahm das Triumvirat als Geiseln. Diese kamen auch wegen Ludendorff bald frei, organisierten die Gegenwehr, und der Hitlerputsch brach sehr rasch und schmachlich zusammen. Hätte die Justiz im anschliessenden Prozess nicht alle Augen geschlossen und Hitler faktisch einen Kurzurlaub verschafft, wäre er Geschichte gewesen und sein Putsch nicht der nachträgliche Beginn des Dritten Reichs. Das schildert der Autor mit sehr vielen Fakten sehr detailliert, aber ohne sich in den Details zu verlieren. *kl.*



Wolfgang Niess: **Der Hitlerputsch 1923**. C.H. Beck Verlag 2023, 350 Seiten, 39,90 Franken.

# Rahmen für Flexibilität

**Ab 2024 verantworten das Tanzhaus, die Gessnerallee und das Fabriktheater die Vergabe der städtischen Fördermittel für die lokale freie Szene. So will es das neue Konzept der Zürcher Tanz- und Theaterlandschaft. Das Wie müssen die Häuser aber zuerst erfinden. Als erstes hat am Dienstag die Tanzhaus-Crew ihre Pläne für die nahe Zukunft vorgestellt.**

Thierry Frochoux

Der Verein Tanzhaus ist (wie die anderen auch) nur Sachwalter der städtischen Fördermittel, die bisher von Kommissionen vergeben worden waren. Die Häuser mussten für die neue Aufgabe dieser zeitgleich realitätsbezogenen wie auch möglichst offenen als auch transparenten Vergabe zuerst Mechanismen und Kriterien entwickeln. Diesen Extraaufwand eines Transformationsprozesses hat der Kanton finanziell gefördert. Drittmittel bei Stiftungen, dem Kanton oder der Pro Helvetia zu beantragen, wird für die Künstler:innen/Gruppen auch künftig notwendig bleiben. Weil die langjährige Tanzhaus-Leiterin Catja Loepfe ihren Vertrag per Sommer 2026 auslaufen lassen wird, umfasst die erstmalige Gültigkeit der aktuellen Förderform des Tanzhauses diese beiden Jahre bis dorthin.

## Kompliz:innen

Die bisherigen Eigenmittel für Co-Produktionen und das neu zu verwaltende Fördergeld werden zusammengelegt, um damit insgesamt acht bis zwölf sogenannte Kompliz:innen (Teams und/oder Einzelkünstler:innen) zu fördern. Wegen den gleichbleibenden Vergaberegeln der Förderstellen für Drittmittel und aus Gründen der Fairness wird vorerst an zwei Eingabeterminen (1.9. und 1.3.) festgehalten, wobei während der öffentlichen Vorstellung explizit erklärt wurde, die Gruppe der Kompliz:innen nicht auf einmal festlegen zu wollen, sondern sie in den Halbjahresschritten bis zuletzt auf die gewünschte Zielgrösse heranwachsen zu lassen. Um einem der dringlichsten Wünsche der Szene entsprechen zu können, vom Produktionskreislauf oder -druck entlastet zu werden, wird diese Erwartung umformuliert in die «Möglichkeit, eine grössere Bühnenproduktion zu realisieren». Die wachsende Gruppe von Kompliz:innen gestaltet das Tanzhaus-Programm (Produktionen, Recherche, Workshops, diskursive Formate) aktiv mit und ist dazu angehalten, Wege zu suchen, die Themen der Künstler:innen verstärkt in die Ge-



Die kooperative, spartenübergreifende Zusammenarbeit in fast alle Richtungen von Eugenie Rebetez' letzter Arbeit «Rendez-vous» könnte sinnbildlich für die künftige Arbeitsweise im Tanzhaus Zürich stehen. (Bild: Andrea Zahler)

sellschaft hinauszutragen. Ziel ist die Etablierung von langfristigen, wechselseitigen Beziehungen, der Erweiterung der Netzwerke respektive deren überlappende Zusammenarbeit. Dabei gehört das Definieren des Umfangs und der Art der Zusammenarbeit zum gemeinsamen Prozess.

Bewerben können sich genauso Gruppen/Künstler:innen, die eine Konzeptförderung erhalten haben (die dann aber kein Mehrgeld vom Tanzhaus beanspruchen können), wie auch jene, die dabei leer ausgegangen sind. Allen Gruppen/Künstler:innen, denen das Tanzhaus die Zusammenarbeit im Falle der künftigen Zusage einer Konzeptförderung in Aussicht gestellt hatte, wurde zu dem Zeitpunkt aber auch deutlich gemacht, dass damit kein Präjudiz eines Anspruchs geschaffen ist. In diesem Prozess war alles auf alle Seiten dermassen offen, dass sich Gruppen wie auch Häuser teils zigfach im Sinne einer Absichtserklärung gegenseitig ihres Zuspruchs versicherten, weil sich das formal gegenseitig bedingt. Voraussetzung für die Aufnahme in die geplant enge, dialogisch-partizipative Zusammenarbeit mit dem Dramaturgie-Pool des Tanzhauses ist ein bereits erfolgter Arbeitskontakt mit dem Tanzhaus. Das umfasst Koproduktionen genauso wie Residenzen, das Nachwuchsformat Show-Off, Tanzhaus-Young und die assoziierten Festivals. Die Möglichkeit eines künftigen Einstieges auch für Newcomer:innen bleibt also gewährt. Die Formalitäten und denen sich zu verpflichtenden Werte sind auf der Website angeschaltet.

## Dramaturgie-Pool

2019 installierte das Tanzhaus den Dramaturgie-Pool, bestehend aus Catja Loepfe (sozusagen von Amtes wegen, als Oeuil extérieur), Simon Froehling, Jessica Huber, Lea Moro und Marc Streit (an dessen Stelle künftig Monica Gillette tritt). Dieser begleitete seither jedes einzelne Projekt im Sinne einer Sparringpartnerschaft. Die Zusammenarbeit ist dezidiert nicht als Produktionsdramaturgie angelegt, sondern orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen der Gruppen/Künstler:innen. Dieser Netzwerkgedanke wird im Zuge der wachsenden Anzahl von Kompliz:innen möglicherweise auf weitere Personen(-kreise) ausgedehnt werden und soll letztlich, wenn ich das richtig verstanden habe, zu einer Art Arbeitsgemeinschaft verschmelzen, die das Tanzhaus prägt und in der vor jedem Gedanken an Hierarchien die Arbeit am kreativen Prozess und die In-sich-Verschränkung und Überlappung von Ideen und Ressourcen steht. Das klingt nach der Basis für eine grösstmögliche Freiheit im Rahmen einer grösstmöglichen Sicherheit, in deren zeitlicher und personeller Entwicklung jede kurzfristige Anpassung an veränderte Bedürfnisse möglich bleiben soll.

Vonseiten Gessnerallee und Fabriktheater ist auf Anfrage zu vernehmen, dass sie ihre konkreten Fassungen der künftigen Förderkonzepte nach der Sommerpause vorstellen werden, wobei sie betonen, sich im steten gegenseitigen Austausch zu befinden.



# Dies ist kein Gedanke

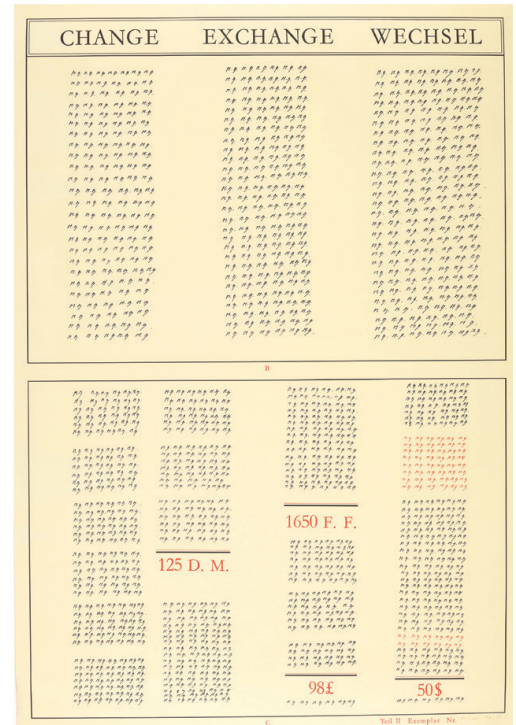
Wer sich zu Lebzeiten auf den Standpunkt stellt, alles Entscheidende hätte sich bereits manifestiert, weshalb keine weitere Entwicklung mehr zu erwarten ist, wird mit einem halben Jahrhundert Distanz zu einer Art Faszinosum.

Thierry Frochoux

Der Belgier Marcel Broodthaers (1924 – 1976) kritisierte vor fünfzig Jahren den herrschenden Museumsbetrieb inklusive der damit zusammenhängenden Rollen von Kunstmarkt, Künstler- und Besucher:innen in einer intellektuell-ironischen Weise, die wiederum nochmals fünfzig Jahre weiter zurück in die Geschichte weist, zu den Surrealisten (aus Zürcher Perspektive an der Schwelle zu Dada). Über allem thront René Magrittes «La trahison des images», das eine gemalte Pfeife mit der Unterschrift «ceci n'est pas une pipe» zeigt und damit die Frage respektive einen reichlich philosophischen Komplex davon über die Leinwand und den Rahmen hinaus führt. Seine Art der Fragestellung respektive Infragestellung von vermeintlichen Gewissheiten hat Marcel Broodthaers übernommen.

## Innovation durch Irritation

Gegenüber einer Suche nach Antworten stellte er sich auf einen vergleichbar sturen, konsequenten oder auch bequemen Standpunkt wie gegenüber der Weiterentwicklung der Kunst, indem er sich dieser tendenziell profanen Dualität von richtig/falsch etc. schlechterdings verweigert. Was ebenso als noble Zurückhaltung wie im Gegenteil als Überheblichkeit interpretiert werden kann, dürfte auf einer abstrakteren Ebene des Konzeptuellen als folgenrichtige Weiterführung bis in die (geäusserte) Haltung, die Sprache, also den Ausdruck an sich meinen. Ein Beispiel dafür ist ein Exemplar seiner vielen offenen Briefe, via die er im Zuge der Künstler:innenbesetzung des Palais de Beaux-Arts in Brüssel 1968 seine Überlegungen teils konkret adressiert, häufig aber an die Allgemeinheit gerichtet äusserte, auf dem sämtliche Schreibmaschinenlinien geschwärzt sind. Ein öffentlicher Appell, dessen Kernanliegen eigenhändig der Unlesbarkeit überführt wird, weist in der Wirkungsverstärkung der Zensurbalken ähnlich wie Magrittes Bild über das Papier und sogar den (zeitgeistigen) Zusammenhang hinaus in Richtung einer grundlegenden Befragung der Sinnhaftigkeit, die eigene Stimme überhaupt zu erheben.



Wenn die Signatur das Mass aller Dinge ist, was bewirkt dann ihre automatisierte Reproduktion? (Bild: Marcel Broodthaers «Gedicht - Poem - Poème / Change - Exchange - Wechsel», 1973, Succession Marcel Broodthaers, Pro Litteris)

## Wagniskapital, Körperkult

Die allermeisten der ausgestellten sogenannt grafischen Werke (dass das formal nicht allein bedruckte Blätter sind, versteht sich fast von selbst) Marcel Broodthaers sind weitestgehend selbsterklärend, sogar wenn sie sich in Einzelfällen auf Referenzen beziehen, die allein in der damaligen Zeit einer grossen Masse geläufig waren. Auffallend, auch an der Präsentation der Gastkuratorin Simone Gehr, ist die Abwesenheit einer Vorwärtsspiegelung ins Heute. Wenn Menschen die eigene Physis längst als die wahrhaftigere Leinwand für einen künstlerischen Ausdruck verstehen, und wenn das Big Business der Gegenwartskunst nach den Spekulationsregeln von Wagniskapital aufgestellt ist, was Museen vor ein Dilemma stellt, und wenn Blockchain-generierte NFTs jedweden genialischen Einfall und erst recht jedwede herausragende Fertigkeitbegabung in den Schatten stellen, steht Marcel Broodthaers lustvoll subversiv unterwanderter Fragenkomplex plötzlich als aus der Zeit gefallen da. Ringt also auch um Bedeutung. Nicht, weil seine Herangehensweise an ein Ende gelangt wären, sondern weil sich in den letzten fünfzig Jahren (gesamt-)gesellschaftliche Felder aufgetan haben, die selbst Science-Fiction-Autor:innen rückblickend nur recht zufällig überhaupt getroffen hätten.

## Wer widerspricht?

Gleichbleibend dringlich geblieben, selbst unter den massiv veränderten äusseren Gegebenheiten, sind Fragen nach der Deutungshoheit be-

züglich Kunst, der (Selbst-)Inszenierung und der Haltung respektive dem Sinn von Vermarktbarkeit. Die serielle Produktion von zur Dekoration respektive Demonstration einer Finanzpotenz degradierten Objekten ist nur eine der vielen möglichen aktuellen Bezüge zu Broodthaers grundsätzlicher Hinterfragung eines sogenannten Kanons,

## Die Kunst schwappt aus den heren Hallen hinaus.

was aktuell vorwiegend ex-negativo interessierend wirkt: Wer verfügt über eine ausreichende Reichweite und argumentative Durchschlagskraft, um überhaupt Widerspruch anzumelden, der Gehör findet und eine annähernd seinen Arbeiten entsprechende Verstörung der Denkbequemlichkeit herbeizuführen vermag? Und schon schwappt die Kunst aus den hehren Hallen hinaus, weil die dortigen Gesetzmässigkeiten kein isoliertes Universum darstellen, sondern alles betreffen, spiegeln, konterkarieren, die Verhandlung darüber also als eine Angelegenheit von genuin allgemeingültigem Interesse in Richtung einer nicht zuletzt politischen Ausmarchung spielt. Ein Beispiel dafür, dass dieses Faszinosum nachhallend wirksam gealtert ist, könnte etwa sein, die aktuell dominierende Streitkultur via den Broodthaers'schen Filter neu zu beurteilen.

«Marcel Broodthaers – Museum», bis 1.10., Kunsthau, Zürich. Katalog.

# An dieser Stelle #7: Dann kam Theresa

Ich heisse Theresa, sagte sie am Schluss dann noch, aber das wirst du ohnehin vergessen. Und sie lachte und ihre hellblauen Augen auch. Und natürlich werde ich das nun nie tun. Ich werde sie nie vergessen. Theresa aus Vicksburg, Mississippi.

Unser Jahr in den USA neigt sich dem Ende zu, und wir sind noch einige Tage unterwegs. Wir nennen es Roadtrip und fahren tief, tief in den Süden. Weil es immer gut ist, die eigene Blase gelegentlich zu verlassen. In meinem Fall ist das jene rund um das liberale Washington DC, in der unzählige «Black lives matter»-Schilder in den Vorgärten der weissen Nachbarschaft die Angestellten morgens freundlich begrüssen und daran erinnern, dass man findet, sie seien wichtig.

Jetzt bin ich in Vicksburg. In dieser kleinen Stadt fand fast auf den Tag genau vor 160 Jahren, am 4. Juli 1863, die letzte Schlacht des Zweiten Vicksburg-Feldzugs statt, was ich auch nicht wusste, aber jetzt weiss ich es und auch, dass das heute als die entscheidende Schlacht des Amerikanischen Bürgerkriegs gilt. Die entscheidende Schlacht, die schliesslich dazu führte, dass die Union erhalten blieb und die Sklaverei verboten wurde. Heute sieht Vicksburg so aus, als hätte es sich von diesem Krieg nie richtig erholt. Dann kam Theresa, wir kamen ins Gespräch, sie wollte wissen, was wir in dieser vergessenen Gegend genau machen, woher wir sind und was wir vom hiesigen Schulsystem halten. Wir waren einig, dass Bildung in den USA kostet. Viel zu

viel kostet. Dass die Menschen ihr College-Darlehen dann fast ein Leben lang in vielen Raten zurückzahlen müssen. Dass aber alle die gleichen Chancen haben sollten und die Schule überall im Land gleich gut sein müsste, ganz egal, in welcher Nachbarschaft man wohnt, ganz egal, ob man reich ist oder nicht. Das fand sie alles auch. Und sagte dann, als wäre es das normalste der Welt, «der aktuelle Präsident, obwohl man ihn so nicht nennen könne», wolle nun diese Schulden erlassen, was sie aber für völlig falsch halte. Wer lerne und hart arbeite, der könne auch ohne Darlehen studieren, so wie ihre Tochter, die 15 Stipendien offeriert bekommen habe. Fünfzehn, sagte sie und sah uns an, als wäre das der endgültige Beweis dafür, dass man alles erreichen kann, wenn man nur genug dafür tut.

Dieses Land hat sich mir selten so erschlossen wie in diesem Moment. So komplett offenbart. Wie ich da stand mit dieser fremden Person, wie so viele Amerikaner:innen für unsereins fast unwirklich freundlich und offen, wie sie interessiert und unvoreingenommen unsere Meinung wissen wollte, sich im gleichen Moment als eine von jenen zu erkennen gab, die die Wahl Bidens als nicht legitim ansah, die zwar ein Schulsystem möchte, das allen gleichermassen Chancen gibt, dann aber doch der Meinung ist, man müsse es sich selber erarbeiten und der Staat dürfe nicht helfend eingreifen. Ich stand also da mit Theresa, in diesem gottverlassenen Vicksburg, am Mississippi, vor verklebten Schau-

fenstern ehemaliger Läden, ein Mahnmal insgesamt, nicht nur für den Bürgerkrieg, sondern auch für die ganze Geschichte seither und besonders auch für heute.

Wenn ich mit Menschen hier rede, sind alle früher oder später mindestens in einem Punkt gleicher Meinung: das Land sei noch nie so polarisiert gewesen wie heute. Die Politik, der Hass, die unüberwindbaren politischen Differenzen, härter, krasser als je zuvor. Es hat mich von Anfang an nie richtig überzeugt, ohne dass ich hätte sagen können, warum.

Als ich da so stand mit Theresa, wurde es mir mit einem Mal klar. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren noch nie wirklich vereint. Der Bürgerkrieg ist zwar längst vorbei, aber er hat eine Narbe hinterlassen, die da entlang des Mississippi in einer unsäglichen Hitze auf Schlachtfeldern und Civil-War-Denkmalern glüht, aber auch eine Narbe in den Menschen, die bis heute um gemeinsame, vereinigte Positionen ringen.

Die Erzählung, dass diese Spannung, diese Zerreissprobe ein neues Phänomen sei, ist vielleicht das Einzige, was die Menschen zusammenhält. Sie scheint bisher aber stark genug, um wie ein zuverlässiger Kitt die Risse in der Gesellschaft immer wieder zu füllen.



Andrea Sprecher

Reklame



Bitte ausfüllen und  
einsenden an:  
P.S. Verlag, Hohlstrasse 216,  
8004 Zürich oder  
aboservice@pszeitung.ch

## Ich bestelle

- Probeabo 5 Wochen kostenlos
- Jahresabo für 230 Franken
- Gönner:innenabo ab 300 Franken
- Abo für Menschen mit wenig Geld, 100 Franken

Name / Vorname

---

Strasse / Postfach

---

PLZ / Ort

---